

Sozialdemokraten

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 52677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Donnerstag, 22. März 1934

Nr. 68

Dr. Beneš: Oesterreich muß unabhängig bleiben

Alle anderen Lösungen auf die Dauer aussichtslos

Prag, 21. März. Das mit Spannung erwartete Exposé des Außenministers Doktor Beneš in den Außenaußenbüros der beiden Häuser befaßt sich ausschließlich mit dem österreichischen und mitteleuropäischen Problem. Was nicht in diesen Rahmen paßt, wurde von Doktor Beneš zurückgestellt. Er trug in direkter wissenschaftlicher Form eine systematische Uebersicht über alle möglichen Arten der Lösung dieses Problems zusammen und kam durch systematische Eliminierung aller anderen Lösungsvorschläge schließlich zu dem Endergebnis, daß es keinem Staat und keiner Staatengruppe gelingen könne, in Österreich allein bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Möglich sei also nur die europäische Lösung, d. h. die Garantie der Unabhängigkeit Österreichs auf Grund des Genfer Protokolls vom Jahre 1922, ergänzt durch einen entsprechenden wirtschaftlichen Anhang. Dann würden sich auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Österreichs beheben lassen und Österreich könnte einmal die Stellung einer Schweiz erreichen.

Andernfalls sieht Dr. Beneš ziemlich pessimistisch ein Auseinanderdriften der verschiedensten Interessen der Mächte am Donauraum vor, das schließlich, wie schon einmal im Jahre 1914, zu einer europäischen Katastrophe führen könnte.

Eine Bewertung der römischen Konferenz erfolgte ebenfalls nur in diesem Rahmen: Man solle abwarten, wie sich die Dinge weiter konkret entwickeln werden. Gewisse Anregungen könnten vielleicht in die gesamteuropäische Lösung mit übernommen werden, aber letzten Endes hat doch alles andere, was nicht der skizzierten europäischen Lösung entspricht, keine Aussicht auf Erfolg.

Auf Mussolinis Rede reagierte Beneš überhaupt nur in einer Randbemerkung. Beachtenswert war auch die Interpretation der Ablehnung des Anschlusses an Deutschland und die Bemerkung, daß selbst im Falle eines „vorübergehenden“ Nazisieges in Österreich der Anschluß nicht in Frage komme.

In der Debatte, die sich im Senat noch heute abwickelte, sprach für unsere Fraktion Genosse Richter, dessen Rede wir morgen im Anhang nachtragen werden. Morgen wird auch die Debatte im Außenaußenbüros des Abgeordnetenhauses abgeleitet werden. Hier wird voranschreitlich Genosse Tausch zu dem Exposé namens unserer Partei Stellung nehmen.

Dr. Beneš stellte sofort einleitend fest, daß er sich heute lediglich mit dem mitteleuropäischen Problem vom Standpunkt der österreichischen Frage befassen wolle, und zwar im Geiste freundschaftlicher Sympathie zu Österreich, wie dies seit 1919 der Fall sei. Hebt die Wichtigkeit des österreichischen Problems hervor, das fraglos in Zukunft die Beziehungen der Kleinen Entente zu Italien dauernd mitbestimmen werde.

Durch die Lösung der österreichischen Frage würde zweifellos der Friede Europas für lange Zeit gesichert werden.

Der Minister gibt nun eine historisch sehr interessante Uebersicht über die Versuche einer Lösung der österreichischen Frage, die er folgendermaßen zusammenfaßt:

1. die deutsche Lösung — d. h. der Anschluß;
2. die italienische Lösung, die von Italien seit 1922 sorgfältig verfolgt wurde, von der man aber noch nicht wisse, ob ihr Ziel irgend eine rechtlich-politische oder nur eine wirtschaftliche Bindung sein soll;
3. die mitteleuropäische Lösung in der Form einer Donaukooperation, engerer Bindung zwischen Österreich und Ungarn oder endlich die Lösung, für die sich Beneš mit allem Eifer einsetzt, nämlich die völlige Unabhängigkeit Österreichs von allen seinen Nachbarn mit gewissen internationalen Garantien in Anlehnung an das Genfer Protokoll vom Jahre 1922, das Beneš als eines der wichtigsten diplomatischen Nachkriegsdocuments bezeichnet.

Wohl nicht ohne Absicht hebt Beneš die politische und finanzielle Hilfe der Tschechoslowakei für Österreich im Jahre 1922, die Unterstützung im Bürgerkriegsland und bei den Versuchen nach Restaurierung des Habsburger im Jahre 1921 hervor. Er betont weiter, daß die Tschechoslowakei es stets abgelehnt habe, Österreich als Objekt der Politik zu behandeln.

Immer wieder hebt er die Bedeutung des Genfer Protokolls von 1922 hervor, das der Ausdruck einer gewissen Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa, andererseits eines gesunden politischen Verstandes und wahrer politischer mitteleuropäischer Realität sei, und erinnert die Signatäre dieses Paktes (also vor allem wohl Italien) daran, daß sie sich verpflichtet haben, keine spezielle Einflussnahme und Begünstigung

gen auf österreichischem Gebiet zu suchen, während Österreich wiederum sich verpflichtete, solche nicht zu gewähren. Daraus ergebe sich als der einzig gangbare Weg der vollen Selbständigkeit Österreichs.

Beneš streift dann die weitere Entwicklung, die verunglückte deutsch-österreichische Zollunion von 1931, den gescheiterten Tardieuplan und die Erneuerung der politischen Bedingungen des Genfer Protokolls durch die Großmächte im Jahre 1932 anlässlich der Gewährung der neuen Anleihe an Österreich. Seit Juli 1932 habe sich die Situation wesentlich geändert, einerseits durch das Anwachsen des Nationalsozialismus in Deutschland, andererseits unter dem Einfluß der aus Italien kommenden Tendenzen. Heute seien die Positionen der einzelnen österreichischen Faktoren ganz klar:

Die heutige österreichische Regierung habe sich offiziell entschieden hinter das Programm der Unabhängigkeit Österreichs gestellt; dies könnte praktische Bedeutung, auch hinter das Genfer Protokoll, „wenn gewisse Einflüsse (Italiens!) nicht allzusehr dahin wirken werden, daß auch die Regierung von dieser Linie hinüber zu einer anderen Lösung abbiegt.“

Die Nationalsozialisten stellen sich hinter das Anschließungsprogramm, was zum Konflikt zwischen Berlin und Wien über die berüchtigte Sabotage-Aktion geführt habe;

die Heimwehren seien für die italienisch-österreichisch-ungarische Lösung, während der Rest der Arbeiterbewegung neuerlich und mit Entschiedenheit die Lösung der politischen Selbständigkeit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kleineren mitteleuropäischen Staaten aufnehme.

Es müßte abgewartet werden, welche definitive Lösung die österreichische Regierung selbst einschlagen, bzw. ob sie die Basis des Genfer Protokolls ändern und Tendenzen einer Neuorientierung nach dieser oder jener Großmacht zeigen werde. In diesem Zusammenhang erinnert Beneš auch an die Kundgebung der drei Großmächte England, Frankreich und Italien vom 17. Februar d. J. über die Notwendigkeit der vollen Unabhängigkeit Österreichs.

Beneš geht dann in sehr ausführlicher Form auf die einzelnen von ihm abgelehnten Lösungsmöglichkeiten ein.

1. Die deutsche Lösung: Der Anschluß

Hier bringt Beneš einleitend in Erinnerung, daß Masaryk und Beneš während des Krieges, als

über die Aufteilung Österreichs verhandelt wurde, den Alliierten den Anschluß zunächst empfohlen hätten, allerdings infolge des absoluten Widerstandes der alliierten Großmächte sehr bald davon abgekommen seien. Die Tschechoslowakei habe diesen Standpunkt der Alliierten übernommen und verlange nun dessen Einhaltung.

Es sei auch heute für den Frieden sicherer und richtiger, wenn es nicht zum Anschluß komme, aber falls ihn die westeuropäischen Mächte nicht hintanhalten wollen, so fürchte sich die Tschechoslowakei vor dieser Eventualität nicht. Zur Ablehnung des Anschlusses führe die Loyalität unserer Freunde gegenüber, die internationalen Verpflichtungen und unser eigenes Interesse.

Den jetzigen Gleichschaltungsversuchen, die den neuesten Anschlußversuch darstellen, stellt Beneš den letzten wirtschaftlichen Anschlußversuch, die Zollunionpläne von 1931, gegenüber:

Nicht einmal in jenen ruhigen Zeiten habe Europa den Anschluß hinnehmen wollen; umso leichter könne man es sich erklären, daß Europa zur Zeit der heutigen Unruhe und politischen Spannung gegen Gleichschaltungsversuche so scharf reagiere.

Die jetzigen Gleichschaltungsversuche (der Minister vermeidet natürlich dieses Wort!) zielen dahin ab, daß in Österreich die Möglichkeit zur Bildung einer völkischen, alles mit sich reisenden nationalsozialistischen Bewegung zugelassen werde, die früher oder später notwendigerweise die politische deutsch-österreichische Vereinigung nach sich ziehen müßte. Dagegen richte sich das stierte Kommissariat der drei Großmächte vom 17. Februar über die Notwendigkeit der Unabhängigkeit Österreichs; dagegen wehre sich auch die heutige österreichische Regierung.

Sollten sich trotzdem die Dinge einmal so entwickeln, wie dies die Nationalsozialisten sich vorstellen, so würden daraus schwere und langandauernde Streitigkeiten in Europa entstehen, denn es werde sich in keinem Falle der Standpunkt der drei Großmächte, sowie der anderen interessierten Staaten ändern, auch dann nicht, wenn Österreich vorübergehend nationalsozialistisch werden sollte.

Er habe das schon bei seinem Besuch in Berlin im Jahre 1928 erklärt, daß der politische und wirtschaftliche Druck, den ein Groß-Deutschland auf ganz Mitteleuropa und Südosteuropa ausüben würde, in Europa eine so ungeheure Spannung hervorriefe, daß dies zu einem Konflikt führen könnte. Der Schlüssel zu dieser Einstellung sei heute in Deutschland zu suchen. Die Haltung der Tschechoslowakei entspringe nicht gefühlsmäßigen Gründen; es handle sich für nur um den allgemeinen Frieden in Europa. Die Lösung der österreichischen Frage im Wege des Anschlusses sei also unrealisierbar.

2. Die italienische Lösung

sei niemals so klar formuliert gewesen wie der Anschlußplan. Italien habe es sich dabei darum gehandelt, sich in Österreich und im Donauraum einen gewissen politischen Einfluß zu sichern, für sich besondere wirtschaftliche Vorteile zu erlangen und schließlich mit all dem den Anschluß hintanzuhalten. Diese Versuche gehen schon auf eine Veranstaltung Mussolinis im Jahre 1919 zurück; 1922 wurden italienische Versuche in dieser Richtung zurückgewiesen. Seither habe sich Italien bemüht, in allen Organen des Völkerbundes, die sich mit österreichischen Dingen beschäftigten, eine führende Rolle zu spielen. Das italienische Memorandum vom September 1933 zeige die Tendenz, sich im Donauraum einen gewissen Einfluß zu sichern, doch sei es möglich, mit gewissen Reserven dieses Memorandum als Grundlage der Verhandlungen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu nehmen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Brunnenvergiftung

„Ein Vumerang“. So betitelt das „Prager Tagblatt“ eine politisch-wirtschaftliche Betrachtung, in der gegen den Entwurf des Stilllegungsgesetzes polemisiert wird. Daß diese Polemik nicht gerade fair ist, zeigt schon die Schlagzeile. Man verliert in dieser Betrachtung eine — für die ganze Volkswirtschaft der CSN — wertvolle und in der gegenwärtigen Zeit unerlässliche Maßnahme in das gerade Gegenteil zu verkehren; trotzdem man beim Lesen dieser Zeilen den Eindruck gewinnen muß, daß dem Verfasser die volkswirtschaftlich wertvollen Wirkungen bekannt sind. Der Verfasser schreibt u. a.:

„Der zweite Verordnungsentwurf jedoch stellt sich keineswegs als Schutzmaßnahme zu Gunsten der Arbeitnehmer dar, sondern vielmehr als Maßnahme zur Verhinderung einer Entlastung des Arbeitsmarktes... Was mit diesem Entwurf jetzt in der Zeit allmählicher Besserung der Arbeitslosigkeit bezweckt werden soll, ist unklar. Kein Fabrikant läßt seine Maschinen aus Privatvergnügen ruhen. In Zeiten Mari Warrens hat freilich eine Manufaktur die Möglichkeit gehabt, durch unwillige Entlassungen die Arbeitsbedingungen der Belegschaften zu verschlechtern. Heute aber, wo Gebäude, Maschinen und andere Betriebsrichtungen abzuschieben und zu vergraben sind, auch wenn das Unternehmen stillsteht, ist der Unternehmer sogar gezwungen, auch mit Verlust weiterzuarbeiten, da die Kosten der Stilllegung ihn noch empfindlicher treffen würden... Bevor nicht alle Möglichkeiten der Beschaffung von Anträgen erschöpft sind, wird kein Fabrikant zur Sturzarbeit oder Entlassung greifen. Wohl wird er sich aber hüten, bei größeren Einläufen von Bestellungen Arbeiter neu aufzunehmen, da die Bestimmung der Notverordnungen ihm eventuell später die Abjagung von Arbeitskräften unmöglich machen könnten... Infolgedessen wird er mit den unglücklichsten Eventualitäten rechnen und trachten, Kollisionen möglichst zu vermeiden.“

Dem „Prager Tagblatt“ ist es „unklar“, was „in der Zeit der allmählichen Besserung der Arbeitslosigkeit“ mit diesem Gesetz bezweckt werden soll. Nun, wenn es ihm „unklar“ ist, warum schreibt es dann in dieser Form darüber? Wer die Unterscheidung zwischen privat- und volkswirtschaftlichen Nutzen nicht kennt — oder nicht kennen will —, wer nur immer auf ersten sieht und diesen gleich volkswirtschaftlichen Nutzen setzt, dem wird eine derartige Maßnahme immer „unklar“ sein. Wir sind nicht verpflichtet, das Tagblatt zu belehren, aber eine Frage dürfte in diesem Zusammenhang nicht uninteressant sein. Dem Tagblatt wird dadurch der Zweck des Entwurfes „klar“ werden. Warum, und mit welchen Begründungen wehrt sich das Unternehmertum „in Zeiten der Verschlechterung der Arbeitslosigkeit“ gegen sozialpolitische Forderungen der arbeitenden Menschen? Weiß das Tagblatt nichts von der Verlegung des Eisenwerkes Rothau-Keudel nach Karlsbrunn? Weiß man nicht, welches große Volksvermögen durch diese Verlegung mutwillig vernichtet wurde?

Trotzdem das Tagblatt am Tage vor der Veröffentlichung seines Artikels den wesentlichsten Inhalt des Entwurfes des Stilllegungsgesetzes publiziert, dem Verfasser des „Vumerang“ dieser bekannt sein mußte, stellt dieser eine Behauptung auf, die den Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägt. Der wesentlichste Inhalt des Stilllegungsgesetzes besagt, daß ein Arbeitgeber, der seinen Betrieb einstellt oder einschränken will, dies dem Bezirksamt und dem Gewerbeinspektorat innerhalb 14 Tagen bekanntgeben muß. Die genannten Stellen teilen diese Absicht sofort der Landesbehörde mit, die nun ihrerseits mit den an der Fortführung interessierten Kreisen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) in Verbindung tritt, um Mittel und Wege zu finden, da-

GEDENKET

bei allen Anlässen

der Arbeiterfürsorge!

mit der Betrieb weitergeführt werden kann. Sollte die Maßnahme infolge finanzieller Schwierigkeiten erfolgen sollen, so ist der Staat berechnigt, sich mit den in Frage kommenden Geldanstalten in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden kann. Zusammenfassend kann man zu dieser Maßnahme sagen, daß durch dieses Gesetz wertvolle Teile des Volkvermögens dem Volke erhalten und nicht der Vernichtung ausgehört werden sollen.

Der Entwurf des Stilllegungsgesetzes läßt aber auch der Initiative des Unternehmers noch einen so großen Spielraum, daß es mehr als bedenklich erscheint, wenn er in der bestehenden Fassung angenommen, also Gesetz werden sollte. Die Verpflichtung zur Anzeige der Stilllegung oder Einschränkung des Betriebes ist nach dem Entwurf nicht gegeben, wenn die Stilllegung bzw. Einschränkung nur eine Woche dauert und wenn die Einschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht mehr als 16 Stunden beträgt. Die wöchentliche Arbeitszeit muß also unter 32 Stunden liegen. Ferner ist die Anzeige nicht erforderlich, wenn beispielsweise nur neun Prozent des Belegschaftsstandes im Jahresdurchschnitt zur Entlassung kommen sollen. Durch diese Einschränkung der Anzeigepflicht des Arbeitgebers verfügt dieser vollständig frei über rund 40 Prozent der in seinem Betrieb zu leistenden Arbeitsstunden und es ist — gelinde ausgedrückt — eine Illusion, wenn behauptet wird, daß der Arbeitgeber aus Angst, er könne später die neu-eingestellten Arbeitskräfte nicht abstoßen, keine Einstellungen vornehmen wird; daß der Unternehmer lieber ihm angebotene Aufträge ausschlagen wird, als durch Neueinstellungen diese zu erledigen. Abgesehen davon, daß bei begründeten Anzeigen der Arbeitgeber ja nicht zur Weiterführung des Betriebes gezwungen wird. Wenn z. B. ein Unternehmer seinen Betrieb wegen Auftragsmangel schließen muß, so müßte er doch schließlich dem Staate dankbar sein, wenn ihm ein Öremium zur Seite gestellt wird, welches ihm schließlich einen Fingerzeig geben kann, wie es möglich wäre, evtl. wieder Aufträge zu bekommen, um den Betrieb vor dem Stillstand zu bewahren. Wenn in diesem Zusammenhang die volkswirtschaftlichen Interessen (die Bedarfsfrage) in den Vordergrund gestellt und erst in zweiter Linie die Profitinteressen erörtert werden, so ist das kein Grund zu einer solchen Schreibweise. Allerdings — und das scheint der zwingende Punkt zu sein, — durch das Stilllegungsgesetz ist die willkürliche Stilllegung nicht mehr ganz so leicht möglich. Die Stilllegung muß objektiv-wirtschaftlich begründet sein und darf nicht als wirtschaftliches und politisches Druckmittel benutzt werden. Es wird also dem Unternehmertum nicht mehr so leicht möglich sein, die Stilllegung in den Arbeitskämpfe einzubringen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Oder will der Verfasser des „Bumerang“, wenn er sich nicht vom Vorstehenden leiten ließ, die Auswirkungen der unsinnigen kapitalistischen Nationalisierung verschleiern? Will er das Stilllegungsgesetz, noch ehe es Gesetzeskraft erlangt, für die herrschende anarchisierende Profitwirtschaft, die gegenwärtig schon besteht, verantwortlich machen? Durch die Devalbation hat die Exportindustrie einen Vorsprung erreicht, der sich auf die anderen Industrien, auf Landwirtschaft und Gewerbe günstig auswirken kann. Allerdings nur dann, wenn das Unternehmertum Neueinstellungen entsprechend der erhöhten Ausnutzung der Kapazität vornimmt, und zum anderen die durch erhöhte Ausnutzung der Betriebe erreichte Verbilligung der Produkte den Konsumenten zu Gute kommen läßt und nicht in die eigene Tasche steckt.

Eine Zeitung vom Range des „Prager Tagblatt“ sollte sich nicht auf der Gabelgabel tummeln wie jene „Wissenschaftler“, die die Ursache der Nationalisierung in den „hohen Löhnen“ gefunden haben; denn sonst kann man sie wirklich nicht mehr ernst nehmen. Die Art, wie im besprochenen Artikel argumentiert wird, ist politisch und wirtschaftliche Brunnengiftung. Die Schlagzeile allerdings, die das Tagblatt für diese Betrachtung gefunden hat, ist 100prozentig richtig. Ein Bumerang ist dieser Schrieb. Nur mit dem kleinen Unterschied, daß nicht jene die Werfer sind, die das „Tagblatt“ meint, sondern das „Tagblatt“ selbst. Joe.

Wer sind die Lumpenhunde?

Eine Rekord-Büberei der kommunistischen Presse

„Die Welt von heute“, die wir unseren Lesern vor einigen Tagen vorstellten, beugte sich nicht mit der Fortführung des ungeistigen Erbes, das die eingestellten deutschen Kommunistenblätter („Vorwärts“, „Internationale“, „Kämpfer“) hinterlassen haben. Sie ist bemüht, ihre Vorgänger an Lumpengeinnung und Gemeinheit zu übertreffen. Dafür zeugt eine ungeheuerliche Büberei, die sie gegen den Genossen Abg. K a h verübt hat.

In ihrer Ausgabe vom 21. März gibt „Die Welt von heute“ „Gerüchte“ wieder, die ihr angeblich aus der Karlsbader Gegend ausgetragen wurden — Gerüchte über große Unterschleife, die Genosse K a h verübt haben soll. Diese Gerüchte besagen, daß K a h mit Millionenbeträgen in die Schweiz geflüchtet sei, weil die sozialdemokratische Partei vor der Auflösung stehe. Auch in seiner Eigenschaft als Funktionär des Hallenauer K o m p o s i t o r s habe sich K a h schwerer Verfehlungen schuldig gemacht und er sei am vergangenen Samstag bereits vom Hallenauer Gendarmeriekommandanten einvernommen worden. „Die Welt von heute“ stellt den Genossen K a h dem Verräter Jozisek gleich, ausdrücklich betonend, daß den „Gerüchten“ ernsthafte Tatsachen zugrundeliegen. Zu diesen Gerüchten, die in der Karlsbader Gegend tatsächlich die Runde machten, hat Genosse K a h in der „Diensta“-Ausgabe des „Volkswille“, also am 20. März, folgendes erklärt:

In alle Verleumder und Ehrabschneider!

In den letzten Tagen werden von unseren Gegnern die unsinnigsten Gerüchte über mich verbreitet. So wird behauptet, ich sei „mit einigen Millionen Kronen Parteigeltern nach der Schweiz geflüchtet“, und zwar hätte ich das deshalb gemacht, weil die sozialdemokratische Partei bei uns schon vor der Auflösung stehe und ich mich rechtzeitig mit dem Geld in Sicherheit bringen wollte. Wieder andere Gerüchte lauten, ich sei „verhaftet worden, da man bei einer Hausdurchsuchung eine Menge Waffen gefunden“ habe.

Diese Gerüchte sollen nicht nur meine Person diskreditieren, sondern vor allem unsere Partei schädigen. Die Urheber der Verleumdungen wissen eben ganz genau, daß kein Gerücht dumm genug sein kann, um nicht geglaubt zu werden. Ich habe nun einige der Individuen, die diese Gerüchte verbreitet haben, festgestellt und werde ihnen Gelegenheit geben, sich vor Gericht zu verantworten.

Unsere Parteigenossen ersuche ich, die Verbreiter solcher Verleumdungen festzustellen und mir ihre Namen zu übermitteln. Ich werde diesen Verleumdern ihr unaufrichtiges Handwerk mit aller Gründlichkeit legen.

Franz K a h, Hallenau.

Man vergewaltigt sich, daß diese Erklärung des Genossen K a h einen Tag vor der Wiedergabe der „Gerüchte“ in der „Welt von heute“ erschien und daß einige der westböhmischen Verleumder K a h's bereits dingfest gemacht worden waren!

Keine einzige der gegen K a h erhobenen Beschuldigungen ist wahr. K a h ist weder Mitglied des Hallenauer Revierrates, noch hat er andere Arbeitgeber zu verwalten. Er geht in Ruhe den Funktionen nach, die ihm das Vertrauen der Arbeiter aufgetragen hat.

Diese Tatsachen allein richten „Die Welt von heute“ und ihre erbärmlichen Hintermänner. Die Verantwortlichen werden ja Gelegenheit bekommen, für die Schmutzerei, die sie da beginnen, vor den Schranken des Gerichtes einzustehen.

Die Nazis haben die Methoden der Verleumdung sozialdemokratischer Vertrauensleute zu neuer Geltung gebracht. Die Kommunisten haben diese Methode weiterentwickelt und in dem Weltkampf um das Leiten der größten Lumperei vorläufig einen Rekord aufgestellt. „Die Welt von heute“ kann durch solche Methoden ehrenwerten Männern nichts anhaben; man muß dankbar sein, daß sie erkennen läßt, wo die größten Lumpenhunde sitzen.

Das Beneš-Exposé

(Fortsetzung von Seite 1.)

Die letzten Besuche Dollfus' und ungarischer Politiker in Italien im Vorjahre, der Besuch Suwids in Budapest und Wien und die römischen Konferenzen der Vorwoche scheinen konkrete Versuche der sogenannten italienischen Lösung des österreichischen und gewisser mitteleuropäischer Probleme zu bedeuten. Die Tschechoslowakei und die ganze Kleine Entente betrachte diese Versuche nach politischer Vertiefung der Beziehungen zwischen den drei Staaten, ohne daß angeblich neue politische Blöcke gebildet würden, hauptsächlich aber die Bemühungen nach Schaffung klarerer wirtschaftlicher Beziehungen auf Grund der Konferenz von Stresa und des erwähnten italienischen Memorandums a priori nicht unangünstig. Sie müßten mit ihrem definitiven Urteil allerdings erst zu warten, bis man ihre konkreten Formen und die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen völlig klar übersehen werde. Falls diese Versuche nicht gegen die Kleine Entente gerichtet sind, ja sogar den Boden für eine Zusammenarbeit und für ein Uebereinkommen der Staaten der Kleinen Entente mit den übrigen interessierten Staaten auf Grund der geltenden Verträge vorbereiten sollen, würde die Kleine Entente sie sogar begrüßen und ohne Voreingenommenheit prüfen. Allerdings sagte Beneš sofort hinzu:

Leider ist nicht daran zu zweifeln, daß manche Stellen der letzten Rundgebung des S. Mussolini, mit deren Einzelheiten ich mich in diesem Augenblicke nicht zu beschäftigen beabsichtige, die Möglichkeiten dieser Einigung allerdings verringern können.

Demgegenüber würden wir naturgemäß dazu geführt werden, daß wir uns entschieden dagegen stellen würden, wenn dies in seinen Konsequenzen ein Verlassen, Verlehen, Ueberschreiten oder Aendern der Politik des Protokolles vom Jahre 1922 und 1932 bedeuten sollte, welches für uns alle die Magna Charta der mitteleuropäischen Politik ist und bleiben muß. Im übrigen würde jeder derartige Versuch auch auf anderen Seiten Widerstand wecken. Ich glaube nicht, daß unter diesen Umständen ein in diesem Sinne angelegter sogenannter italienischer Plan verwirklicht werden könnte. Der Widerstand Frankreichs, Deutschlands und der Staaten der Kleinen Entente ließe sich hier nicht für lange Zeit überwinden. Außerdem würde dies in naher Zukunft zu einer neuen politischen Spannung zwischen beiden Lagern in Mitteleuropa, Deutschland mit eingeschlossen, führen, was das mitteleuropäische Problem noch weiter komplizieren würde.

Es scheint, daß die Protokolle von Rom selbst allem dem auszuweichen versucht haben.

3. Die mitteleuropäische Lösung

Hier bespricht Dr. Beneš zunächst den Plan einer Donauföderation. Diese Lösung sei anscheinend im ganzen naturgegeben und vernünftig, doch herrsche gegen sie der größte Widerstand. Prag habe sich für diese Lösung nicht eingelassen, aber es habe in genauer Kenntnis aller Schwierigkeiten derselben auch keine Z n i t t a-

tive zum Kampfe gegen sie aus Loyalität gegen die französischen und englischen Freunde ergriffen.

Vor allem habe sich Italien am entschiedensten dagegen gestellt; weil es darin die Erneuerung der ehemaligen Monarchie, seines Erblandes, in neuerer und besserer Form erblicke. Deutschland helle sich auch dagegen, weil es darin den Versuch der Schaffung eines antideutschen Mitteleuropas sehe. Am wichtigsten sei, daß auch keiner der fünf interessierten Donaufürsten diese Lösung aufrichtig wünsche. Diese Lösung scheide also mehr aus gesellschaftlichen, psychologischen und moralischen Gründen aus.

Oesterreich-Ungarn, bzw. Habsburg

Diese Lösung sei ebenso unrealisierbar wie die vorhergehende. Vor allem wegen des Widerstandes der Kleinen Entente, da sich diese Gemeinschaft auf Italien stützen und eine politische Teilung der Donaufürsten in zwei sich dauernd bekämpfende Blöcke, ein Ansehen des Revisionismus und systematische Kämpfe um den Einfluß Deutschlands oder Italiens in Mitteleuropa bedeuten würde. Wirtschaftlich würde dies für alle einen Verlust und keinerlei Gewinn bedeuten. Oesterreich würde wirtschaftlich die Tschechoslowakei und Jugoslawien verlieren und dafür nur das ungarische Gebiet eintauschen. Auch Deutschland würde sich dagegenstellen, da dies die endgültige Verhinderung des Anschlusses und ein Uebergewicht Italiens bedeuten würde. Für Frankreich sei diese Lösung nicht annehmbar, weil eine Anheftung dieses Blocks je nach der politischen Konstellation an Italien oder Deutschland eine Störung des mitteleuropäischen Gleichgewichts bedeuten müßte.

Auch in Oesterreich und Ungarn selbst bestehen starke politische und wirtschaftliche Gründe gegen diese Lösung.

Die Kleine Entente lehnt diese Lösung auch ab, weil sie nur die Vorbereitung der Rückkehr der Habsburger bedeuten würde. Gegen eine solche Lösung werde die Kleine Entente jederzeit und unter allen Umständen kompromißlos sein. Habsburg in Budapest oder Wien — das bedeutet, niemals Ruhe, niemals Frieden zu haben. Dazu sei der Weltkrieg nicht geführt worden. Ueberdies seien heute die Aussichten einer Restauration trotz allem Gekschrei gleich Null.

Damit kommt Beneš zum letzten Punkt, der europäischen Lösung:

Garantierte Selbständigkeit und Integrität Oesterreichs

Die Grundlage hierzu bietet das Genfer Protokoll vom Jahre 1922. Allerdings sei dies ungenügend und unvollständig. In politischer Beziehung müsse man sich noch mit einigen Staaten einigen, in wirtschaftlicher müsse man dem politischen Protokoll einen wirtschaftlichen Anhang anschließen. Diese Lösung könne die italienische sehr gut ergänzen.

Im Kampfe um die Frage, ob Oesterreich deutsch, italienisch, französisch, zur Kleinen Entente gehörig oder ungarisch sein soll, müsse die Wahrheit siegen, daß Oesterreich österreichisch bleiben soll.

Alle mitteleuropäischen Staaten sind so weit fortgeschritten, daß keine Großmacht ihr Protektor sein, bezw. einen Staat gegen die übrigen als Weltzeug gebrauchen kann. Jeder der interessierten mitteleuropäischen Faktoren ist allein nicht imstande, den anderen gegenüber seine österreichische Lösung zu erzwingen, aber dennoch genügend stark, um jederzeit eine gegnerische Lösung hintanzuhalten. Im äußersten Falle könnte eine Lösung durch eine gemeinsame Front aller gegen einen erzwungen werden.

Ein friedliches Einvernehmen sei vorzuziehen, andernfalls werde das bisherige Chaos anbauern und letzten Endes unaufhaltsam in einem Konflikt gipfeln, der zu einer schweren Katastrophe führen würde, zu einem europäischen Kriege.

Die Lösung auf der Basis des Genfer Protokolls stellt sich Dr. Beneš so vor:

1. Alle interessierten Staaten nehmen im Einvernehmen mit Oesterreich die politischen Grundzüge des Protokolles und die Verpflichtungen im selben Sinne an, wie die bisherigen Signatarmächte des Genfer Protokolles. Von diesem Augenblick an, da die österreichische Selbständigkeit anerkannt und respektiert ist, würde die wirtschaftliche Seite des österreichischen Problems leicht lösbar werden. Die normale wirtschaftliche Zusammenarbeit eines jeden Nachbars mit Oesterreich würde dann nicht mehr politisch verhängt werden. Jeder Nachbar hätte das gleiche Verhältnis zu Oesterreich und damit auch keinerlei Uebergewicht. Oesterreich selbst würde dann über seine Unabhängigkeit nach allen Seiten eifrig wachen und könnte mit der Zeit eine ähnliche Stellung wie die Schweiz erlangen.

2. Dieser politische Zustand der Sicherheit, Ruhe und Unantastbarkeit würde Oesterreich ganz neue Bedingungen einer wirtschaftlichen Existenz bieten. Es wäre leicht, ein System der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Oesterreich auszubauen, das seine Existenz wirtschaftlich sicherstellen würde. Im gegenseitigen Einvernehmen könnten Oesterreich gewisse Gegenden in den eingeraumt werden, soweit dies überhaupt — und vielleicht nur vorübergehend — notwendig wäre. In dieser Beziehung könnten die Vorschläge von Stresa und die Grundthesen des italienischen Memorandums von 1933 eine gewisse Grundlage und Verhandlungsbasis bilden.

So könnte tatsächlich ein dauerndes Kompromiß einerseits für die Zusammenarbeit der Donaufürsten untereinander, andererseits für die Zusammenarbeit mit den beiden benachbarten Großmächten gefunden werden. Unter diesen Umständen wäre die Tschechoslowakei zu jeder Diskussion über diese Frage bereit.

Neue handelsvertragsverhandlungen mit Budapest

Außenminister Dr. Beneš kündigte in seinem gestrigen Exposé an, daß sich die tschechoslowakische Regierung vor einigen Tagen in offizieller Form an die ungarische Regierung wegen Behebung des Handelsverkehrs und Abschlusses eines provisorischen und später ständigen Abkommens gewandt hat.

Die ungarische Regierung hat Budapest Bericht zufolge die Anregung nicht ungünstig aufgenommen. Die Anregung betrifft zunächst die Einleitung von Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Kohlen- und Kompenzationsabkommens, wobei auch die Bedingungen für einen ständigen Handelsvertrag beraten werden sollen.

Die ungarische Regierung betonte in ihrer Antwort ihre Bereitwilligkeit zu den Verhandlungen, könne aber der Einladung nach Prag wegen anderweitiger Beschäftigung nicht nachkommen, doch stehe einer unbegrenzten Aufnahme von solchen Verhandlungen nichts im Wege, falls die Prager Regierung ihren Delegierten nach Budapest entsendet.

Der Prachattzer Besitz der deutschen Landeskommission

Prag, 21. März. Heute haben die Vertreter der deutschen Parteien in der Landesvertretung, und zwar die Genossen Bötzl, Landesausführer Heißer, Witzel, Wetzler und Landesvertreter Grimm beim Landespräsidenten Dr. Sobotta vorgeprochen, um die Forderung der Deutschen Landeskommission für Minderheiten und Jugendfürsorge in Böhmen, nach Rückgabe der nach dem Umsturz beschlagnahmten Gebäude in Prachattz und Prag zu verhandeln. An der Aussprache nahm auch der Landesfinanzreferent Dr. Kubista teil. Genosse Bötzl verteidigte besonders darauf, daß der Wunsch der Deutschen Landeskommission nach endlicher Erledigung dieser schon im November 1931 durch ihn in der Landesvertretung besprochenen Aufhebung der Beschlagnahme voll gerechtfertigt sei und daß das Land auch einen Anlauf des Hauses und Grundstückes in Prachattz ernstlich in Erwägung ziehen könne. Nach eingehender Aussprache gab der Landespräsident der Abordnung die Versicherung, daß er sich persönlich für eine rasche und günstige Erledigung der Angelegenheit einsetzen werde. Die Frage des Anlaufes des Prachattzer Besitzes der Deutschen Landeskommission soll durch den Landesausführer in nächster Zeit behandelt werden.

Krach im österreichischen Regierungslager

Dollfuß verhindert einen Heimwehrputsch Rebellion der Tiroler Heimwehr

Erst jetzt wird bekannt, daß an dem Tage, an dem Dollfuß nach Rom reiste, nämlich am 12. März, Österreich an einem Heimwehrputsch vorbeigeküßt ist. Der Vizelanzler Fey, der die Abwesenheit des Kanzlers gern zu Extratourne benützte, hatte alles vorbereitet, um dem Totalitätsanspruch der Heimwehren Geltung zu verschaffen. Das kam Dollfuß zu Ohren, der rasch noch für die Verjüngung Schönbürg-Hartenstein in das Heeresministerium sorgte. Diese Ernennung hat das Vorklagen der Heimwehren verhindert. Montag abends war in den Kasernen des Bundesheeres höchste Alarmstufe angeordnet worden; die Offiziere hielten an die Mannschaften Reden, in denen sie den bevorstehenden Heimwehrputsch behandelten und sagten, daß in diesem Falle „bis zur letzten Patrone“ geschossen werden müsse.

Aller Welt sichtbar wurde der schwere Gegenatz zwischen den Heimwehren und den Christlichsozialen durch die letzten Vorgänge in Tirol. Dort weigern sich die Heimwehren, mit dem christlichsozialen Landesrat Dr. Gampers in der Heimwehr angehörenden Mitglieder der Landesregierung haben ihre Mandate zurückgelegt und fordern den Rücktritt Dr. Gampers. Gampers wurde von den Heimwehrlern sogar tödlich angegriffen und zu Boden geschlagen. Die Landesregierung ist durch das Zurücklegen der Mandate durch die Heimwehr arbeitsunfähig geworden. Die Ostmärkischen Sturmjäger haben das Verbleiben Dr. Gampers in der Landesregierung verlangt.

Zu diesen Vorgängen macht die — gleichgeschaltete — Innsbrucker „Volkszeitung“ u. a. folgende bissige Bemerkungen:

„So bleiben als Stein des Anstoßes die beiden anderen autoritär ernannten Landesräte:

der Vertreter des Arbeitsbundes, Professor Gampers, und der Vertreter des Bauernbundes, der Bauernführer Obermoser. Die zwei Personen stellen in der Landesregierung das — sagen wir im Sinne der neuen Ordnung, die eben kommen soll — berufständische Element dar: der eine gilt als Repräsentant einer Arbeitergruppe, während der andere die Bauernschaft vertritt. Was ist dagegen sachlich einzusetzen? Wir wollen doch einen Ständestaat aufbauen und alles, was in Österreich vor sich geht, soll im Zeichen der ständischen Ordnung geschehen, das ist der Wunsch und der Wille des Bundeskanzlers, wenn wir ihn recht verstanden haben! Was will also die Heimwehr? Oder paßt ihr die personelle Seite nicht? Da wäre allerdings zu sagen, daß das nicht Sache der Heimwehr sein kann, zu bestimmen, wer als Vertreter eines Berufsstandes berufständische Interessen zu wahren hat. . . . Wir haben bei Gott nicht die Auflösung des Landtages verlangt und — als sie geschehen war — auch nicht begehrt. Aber logisch wollen wir bleiben und logisch alle Dinge, auch wenn sie

unangenehm erscheinen, sich entwickeln lassen. Da die Heimwehr nun einmal ihr autoritäres Ziel erreicht hat und da das autoritäre Regime im Lande etabliert ist, wollen wir, daß die von den Heimwehren verlangte und erreichte autoritäre Ordnung mit Konsequenz geübt wird. Wir verlangen das, selbst auf die Gefahr hin, daß wir den autoritären Gedanken der Heimwehr gegen die — Heimwehr verteidigen müßten. Denn nichts erscheint dem Bürger eines Staates langweiliger, als wenn das System des Regierens und Beherrschens täglich geändert wird. Und es schadet gar nichts, wenn die Kreise, die die autoritäre Ordnung verlangt haben, sie auch einmal ordentlich ausführen. . . .

Das ist für die Stimmung in Tirol sehr aufschlußreich und ist ebenso ein Beweis dafür, daß starke Widerstandskräfte gegen die Heimwehr vorhanden sein müssen. Es wäre sonst kaum möglich, daß die „Volkszeitung“ eine solche Sprache spricht.

Landeshauptmann Stumpf

wahrt seine Autorität auch gegenüber der Heimwehr!

In dem neuen Konflikt in Tirol hat nach einer Meldung aus Innsbruck Landeshauptmann Stumpf folgende Stellung genommen: Die Tiroler Volkspartei (die Christlichsozialen) hat zugunsten des autoritären Regimes in Tirol auf ihre früheren Positionen im Landtag und in der Landesregierung verzichtet und alle Rechte auf den Landeshauptmann übertragen. Diese Umstellung auf autoritäre Grundlage erfolgte eben auf Verlangen der Heimwehren. Seit dieser Umstellung besitzt im Lande alle Voll-

machten der Landeshauptmann, darunter auch das Recht, auf autoritäre Weise Mitglieder der Landesregierung zu ernennen. Wenn von Heimwehrseite jetzt gegen die erfolgte Ernennung Dr. Gampers Stellung genommen wird, so steht das nach dem Empfinden der erwähnten Kreise im Widerspruch zu dem Sinn der autoritären Stellung des Landeshauptmannes.

Zur Beilegung des Konfliktes seien Schritte eingeleitet worden.

Sandner, der Idealist

Rudolf Sandner ist sozusagen der Stellvertreter des Herrn Henlein. Der stellvertretende Führer einer Partei ist also, die einmal ausgezogen ist, das Parteiwesen zu überwinden und sich jetzt ganz einfach damit bescheidet, das Parteierbe der verewigten Nazi fortzuführen. Es versteht sich, daß sich Herr Sandner bei solchem Tun durch die Tatsache belästigt fühlt, einmal Mitglied des Sozialistischen Jugendverbandes gewesen zu sein. In einer Antwort an den Karlsbader „Volkswille“ kommt Sandner darauf zu sprechen und schreibt:

„Ich war seit meiner Schulzeit nie und unter keinen Umständen dafür zu haben, meine Meinung und Überzeugung für eine gute Anstellung zu verkaufen. Selbst zu einer Zeit, da ich als junger Idealist Mitglied des Sozialistischen Jugendverbandes war, habe ich dort einen Kampf geführt, der gegen die Partei und die von ihr bevorzugten Abhängigkeitsverhältnisse gerichtet war. Oder erinnere man sich im „Volkswille“ nicht mehr an jene Zeit, da man hunderte junger Menschen aus dem Jugendverband ausschloß, weil sie so dachten wie ich, und weil man von ihnen eine Sprengung des Jugendverbandes befürchtete?“

Herr Sandner war, wie man im „Volkswille“ lesen kann, immerhin einige Zeit hindurch Verwalter des Modisierter Kinderheims. Seine Überzeugung hat er dabei nicht verkaufen müssen. War sie sozialdemokratisch, so fiel von vornherein jeder Grund hiezu weg, war sie nicht sozialdemokratisch, so hat er geheuchelt. Er hätte ja sonst den Posten nicht bekommen.

Ueber das sozialistische Wüten des Herrn Sandner, das gegen die Partei und „die von ihr bevorzugten Abhängigkeitsverhältnisse“ gerichtet gewesen sein soll, wird bei Gelegenheit noch geredet werden. Aber die Behauptung, man habe hunderte junger Menschen aus dem Sozialistischen Jugendverband ausgeschloßen, weil sie so dachten wie Sandner, soll nicht unwidersprochen bleiben. Herr Sandner läme nämlich in Verlegenheit, wenn er sagen sollte, wie er eigentlich ausgeschlossen wurde, weil er mit ihm, dem jungen Idealisten, übereinstimmte. Es wurden einmal sechs Leute aus dem Jugendverband entfernt, weil sie gegen dessen Grundzüge verstoßen hatten. Rassenauschlüsse sind nie vorgekommen, geschweige denn, daß irgend einmal eine Sprengung des Jugendverbandes durch die Sandners hätte befürchtet werden müssen. Die Arbeiterjugend hat Leute seines Schlages immer selbst rechtzeitig und eindeutig abgelehnt.

So unterstülzte sie unablässig, aber, wie man sieht, mit gutem Erfolg, Henleins Bemühungen um gefinnungstüchtige, idealistische Mitarbeiter. Einmal „kämpften“ Männer wie Sandner gegen die Partei der Arbeiter; in der der Bürger sind sie zufrieden. Was doch ein schönes Gehalt nicht alles vermag! Oder hat Sandner für seine Dienste bei Henlein keine andere Motivierung als zu ihrem Wohle! — berweise man zu müssen glaubte?

K. K.

Bombenexplosion im Berliner Regierungsviertel

Fieberhafte Suche der Polizei nach den Tätern Verschiedene Versionen

Berlin, 21. März. In unmittelbarer Nähe des Berliner Regierungsviertels am Eck Wilhelmstraße — Unter den Linden wurde heute nachmittags eine Bombe auf die Fahrbahn geworfen. Durch die Explosion, die von einer großen Rauchentwicklung begleitet war, wurde ein Chauffeur verletzt und sein Auto beschädigt. An dem Tatort wurde sogleich eine starke Polizeibeamtung entsandt, welche die Untersuchung aufnahm.

Es geht um die Tat in völliger Dunkel gehüllt. Zuerst verlautete, daß die Bombe zu einem Attentat auf den Ministerpräsidenten General Goering bestimmt war, doch kann man diese Behauptung vorläufig nur schwer ernst nehmen, da General Goering außerhalb Berlins weilt und sich in Niederfinow bei der dortigen feierlichen Eröffnung der Offensive gegen die Arbeitslosigkeit aufhält.

Man neigt daher eher der Ansicht zu, daß die Bombe ohne ein bestimmtes Ziel auf die Straße geworfen wurde und daß dadurch die Anzusriedenheit der Arbeiterschaft mit den gegenwärtigen Verhältnissen dokumentiert werden sollte.

Die Bombe ist sehr primitiv. Der Sprengstoff befand sich in einer Konservendbüchse. Die Bombe wurde aus einem Hause geworfen, wo Reparaturarbeiten vorgenommen werden.

Nach einer neuen Version war das Attentat gegen den nationalsozialistischen Staatsangehörigen David O'Leary gerichtet, der der Inhaber des großen Berliner Kinos „Kapitol“ ist. Das Attentat wurde entgegen der ursprünglichen Behauptung mit einer Handgranate verübt. Dieser wurde leicht, sein Chauffeur schwer verletzt und das Auto zertrümmert. Die Ursache des Attentats soll nach dieser Version in Antifaschismus zu suchen sein. Im „Kapitol“ wurde nämlich vor einigen Tagen die Premiere des Filmes „Katharina die Große“ mit der jüdischen Schauspielerin Bergner in der Hauptrolle gegeben. Nach der Vorstellung wurde eine Manifestation der SA-Leute gegen den Film organisiert und tags darauf der Film verboten.

Gegen diese Version wird auch die ursprüngliche Behauptung aufrecht erhalten, daß es sich um einen Akt der Anzusriedenheit handelt. Es sei nur ein Zufall gewesen, daß durch die Granate jemand verletzt wurde.

Werkwürdig ist der Umstand, daß bis in die Abendstunden von maßgebenden Stellen nicht die geringste Mitteilung über den ganzen Fall zu erlangen war.

Spät abends gibt das Polizeipräsidium nur eine kurze Darstellung der Tat aus, ohne sich in Kombinationen einzulassen. Für Mitteilungen, die zur Aufklärung des Falles führen, wird eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Auch Kamele in der Heimatfront!

Die „Mundschau“, das Organ der Heimfront, hat durch einige Wochen hindurch versucht, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung totzuschweigen; sie ging über deren Vorhandensein als über etwas Unanständiges, über das man nicht spricht, vornehm hinweg — bis die feinen Herren von sozialdemokratischen Arbeiterkäufen eingeleitet belamen, daß faschistischen Verleumdern jederzeit das Fell gegerbt werden kann. Und dann hat die „Mundschau“ unter der dicken Heberschiff „Roter Terror“ das Wort der Sozialdemokratie in ihre Spalten aufgenommen. In der nächsten Ausgabe hat sie's dann sozusagen mit geistigen Waffen versucht. Das sieht so aus:

„Wir fragen: warum spricht (sprechen freilich ist auch alles) heute die Sozialdemokratie von Volksgemeinschaft und Aufhebung der Klassen- gegenstände, wo doch der Marxistenpapa Karl Marx nicht einmal et-

was davon wußte?! Gibt es ein besseres Beispiel für die Chamäleonstatik der marxistischen Volksverführer?“

Auch darin sind die Heimfrontfaschisten die Fortführer nationalsozialistischer Tradition, daß sie Marx schmähen, ohne ihn zu kennen. Der fundamentale Satz des kommunistischen Manifests, der von der Überwindung der Klassen-gegenstände durch die Vereinerung der Massenunterschiede handelt, braucht das Köpfchen eines richtigen Heimfrontmannes nicht zu beschweren. Für die Fähigkeit und den Ernst des Herrn Rudolf Sandner, des „Führer“-Stellvertreters, ist die Tatsache ein Beweis, daß einige Jahre Mitgliedschaft in der sozialistischen Jugendbewegung spurlos an ihm vorübergingen. Er hat in seinen „roten Tagen“ immer alles besser gewußt, hochmütig auf die dummen Proleten hinabschend. Jetzt stellt sich heraus, daß er gar nichts weiß. Und eben das befähigt ihn, einer der geistigen Führer der Sudetendeutschen Heimatfront zu sein.

Für das stellenlose Intelligenzproletariat

Regierung erwägt Neuaufnahmen in den Staatsdienst

Brag, 21. März. Wie wir erfahren, werden in der Regierung zwischen den beteiligten Ministerien eifrig die Möglichkeiten und die Grundzüge einer außerordentlichen Arbeitsbeschaffung für jugendliche Erwerbslose erwogen. Es handelt sich namentlich um die Frage der Aufnahme geeigneter Absolventen von Schulen in die Praxis im öffentlichen Dienst, und zwar gegen ein angemessenes Adjutium. Diese Praxis würde zugleich eine Vorbereitung für die definitive Übernahme der betreffenden Personen in den öffentlichen Dienst darstellen.

Man erwartet, daß diese Frage bereits im Laufe des April in zweckentsprechender Form gelöst werden wird.

Ein Utopist der Vermittlung

Die austrofaschistische Diktatur gibt, wie das „Kleine Blatt“, auch den „Arbeiteriontag“, die Sonntagbeilage der Wiener Arbeiterzeitung, in dem gerühmten Vorwärts-Verlag heraus. Auch hier wird die äußere Aufmachung und Gliederung des Blattes getreulich nachgeahmt. Während die Männer, deren Werk der Arbeiteriontag war, in den Gefängnissen der Dollfuß und Fey saßen, wird ihr geistiges Eigentum von den Austrofaschisten gestohlen. Es ist eine schmerzliche Erfahrung, an diesem Diebstahl an geistigen Eigentum auch einen Mann mitwirken zu sehen, der mit Recht die Lösung der österreichischen Sozialdemokratie genossen hat.

Herr Dr. Ernst Karl Winter ist ein konservativer, katholischer Gelehrter. Er hat im letzten Jahre aus einer in der Erkenntnis der Kultur- und Bedeutung des Reichstaates wurzelnden Überzeugung einen tapferen Kampf gegen den Austro- und den Nazifaschismus zugleich geführt. Er nimmt jetzt an erster Stelle in dem gerühmten „Arbeiteriontag“ das Wort. Er tut es, ohne die Überzeugungen, die er vor dem Heberaufstand vertreten hatte, zu verleugnen. Aber was vor dem Heberaufstand ein ehrenvoller Versuch war, zwischen den Nationalisten und der Sozialdemokratie zu vermitteln, um eine blutige Katastrophe zu verhindern, das wird jetzt zu einem irreführenden und darum schädlichen Versuch, die abgegründete, unüberbrückbare Kluft, die die Arbeiterklasse vom Faschismus trennt, zu verflüsseln und zu verdecken.

„Wer an die Waffen appelliert und mit den Waffen geschlagen wird, ist, was immer auch ihn dazu getrieben hat, dem Rechte des Siegers verfallen.“ So beginnt Herr Dr. Winter. Dem Rechte des Siegers? Ist es das Kriegrecht des Siegers, wehrlose Gefangene zu misshandeln, ihren Frauen und Kindern die Hilfe ihrer Freunde, den Angehörigen die geistliche Verteidigung zu sperren, den besiegten Gegner mit einem Feldzug der schmutzigsten Lüge zu verfolgen?

Es ist, so fährt Dr. Winter fort, die historische Schuld der österreichischen Sozialdemokratie, daß sie nicht mit beiden Händen den Staat, den sie doch mitgeschaffen hatte, auch festzuhalten suchte, weil dies ohne Opfer in der Diktatur nicht ging. Herr Dr. Winter kann und will offenbar den republikanischen Patriotismus nicht leugnen, aus dem die österreichischen Sozialdemokraten die Republik in Mähren und im Burgenland verteidigt, ihr im Alltag 14 Jahre lang unjähliche Opfer gebracht, noch im letzten Jahre den Kampf gegen ein Regime täglich provozierenden Rechtsbruchs immer weiter aufgeschoben haben. Weichrückt sich die Anlage also darauf, daß die österreichischen Sozialdemokraten Regierungsopposition mit Völkerverraterei abgelehnt haben, wenn sie innerhalb dieser Opposition nicht ihrer eigenen Aufgabe gemäß hätten handeln können? Oder macht Herr Dr. Winter den Sozialdemokraten die Stellung zum Anlaß zum Vorwurf, die sie mit allen österreichischen Parteien, Dollfuß eingeschlossen, geteilt haben?

Aber jetzt, gerade jetzt, mahnt Herr Dr. Winter die österreichischen Arbeiter, „sich mit beiden Füßen auf den Boden der gegebenen Staatsordnung zu stellen“, die „nur von Innen heraus“ verbessert werden könne, und bietet sich als Vermittler zwischen dieser „gegebenen Staatsordnung“ und der Arbeiterschaft an. Diese „gegebenen Staatsordnung“, — das sind die Kanonen, gerichtet gegen von Frauen und Kindern besetzte Gemeindefestungen, das sind die Gasen des Austrochristentums, die Säbrie misshandelter Gefangener, das ist die Diktatur bewaffneter Heimwehrländner. Die „gegebenen Staatsordnung“, — das ist ein Regierungsabsolutismus, der der Arbeiterschaft alles geraubt hat, was sie sich in Jahrzehnten errungen, erkämpft, aufgebaut hatte. Die „gegebenen Staatsordnung“, — das ist die Erbitterung, der Haß, die Nachsucht, der revolutionäre Befreiungswille einer geschlagenen, gedemütigten, beraubten Arbeiterschaft. Nein, da gibt es keine Vermittlung. Und wer vermitteln will, der liefert nur den Charakterisierungen, den Heberaufstern, den Verrätern, die jede Niederlage erzeugt, die ideologische Entschuldigung für ihre Gefinnungsschwäche. Der Name des Herrn Dr. Ernst Karl Winter ist uns zu gut, als daß wir glauben, er könnte nach reiflicher Erwägung seine Aufgabe in dieser Stunde darin sehen, marodierenden Dejektoren einer nach hebelhaftem Kampfe geschlagenen Armee die Ausreden zu liefern.

Böhmische Landesvertretung

Vor der gestrigen Sitzung der Böhmischen Landesvertretung beschäftigte sich die Rechtskommission mit einer Forderung des Innenministeriums, wonach die Bezüge der Landesangestellten jenen der Staatsangestellten angeglichen werden sollen. Das Land Böhmen würde dadurch jährlich zwei Millionen Kronen ersparen. Die Rechtskommission stellte sich auf den Standpunkt, daß zwischen den Angestellten des Landes und des Staates keine Parallele gezogen werden könne, weil das Schema beim Land von dem staatlichen abweicht und es zwei Kategorien von Landesangestellten gibt, die schlechter daran sind als die schlechter bezahlten Staatsangestellten. Es wurde beschlossen, der Landesvertretung, bzw. dem Landesamt für den Landbesitz, gegen die Meinung des Innenministeriums die Beschlüsse an das oberste Verwaltungsgericht einzubringen.

Das Plenum der Landesvertretung erledigte den größten Teil der Tagesordnungspunkte, wobei nach einer Rede der Genossin D e u r i c h ihr Antrag angenommen wurde, der eine Erhöhung der Berufsgeschädigten für jene in Landesfindel- pflege stehenden unehelichen Kinder bedeutet, die bei ihrer Mutter oder deren Angehörigen leben.

Ein Jahr politische Emigration

Rechenschaftsbericht der „Sozialdemokratischen Flüchtlingsfürsorge“

Die „Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge“ in der Tschechoslowakei hat soeben unter dem Titel „Ein Jahr Sozialdemokratische Flüchtlingsfürsorge“ in der C. S. M. einen Rechenschaftsbericht herausgegeben, der in übersichtlicher, detaillierter Form ihre vielseitige Arbeit für die aus dem Lande der braunen Barbarei emigrierten Sozialisten darlegt. Diese nüchternen, leidenschaftslos Statistiken, die Zahlen und Tatsachen aneinanderreihen und darauf verzichten, sich im polemischen zu verlieren, ist die leidenschaftlichste Anklage gegen das Regime der Mörder und Folterkammer-Experten, die sich denken läßt. Wenn Zahlen lebendig werden können, wenn unkommentierte Statistiken eine dramatisch bewegte Sprache zu führen vermögen, dann ist es hier geschehen.

Der Aufgabenkreis der Flüchtlingsfürsorge ist überaus mannigfaltig. Neben finanziellen Zuschüssen für mittellose Emigranten, neben der Erledigung brennender Paz- und Aufenthaltbewilligungsfragen, war vor allem das Gebiet produktiver Fürsorge ein Problem, dem man besondere Aufmerksamkeit widmete. Die Schaffung von Wohngemeinschaften und Flüchtlingsheimen, in denen die Emigranten nach ihren beruflichen Kenntnissen und Fähigkeiten beschäftigt werden, wurde mit umsichtiger Energie in Angriff genommen. Diese Kollektiven, in denen die der fafistis- chen Hölle entkommenen politischen Kämpfer in wahrer Kameradschaft zusammenleben und zusammenarbeiten, haben sich bestens bewährt. Der Rechenschaftsbericht der Sozialdemokratischen Flüchtlingsfürsorge betont die dringende Notwendigkeit, zu konstruktiven Lösungen des Emigrationsproblems zu kommen und weist schließlich auf das vorbildliche solidarische Zusammenstreben aller Arbeiterorganisationen hin, die das materielle Fundament der Emigration durch ihre bewundernswürdigen Opferbereitschaft sichergestellt haben.

Das Bekenntnis des Außenministers Doktor Beneš zur Unverletzbarkeit des politischen Asylrechts gibt dem Autor des Rechenschaftsberichtes Veranlassung, auf die wahrhaft demokratische Haltung der überwältigenden Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes hinzuweisen, die für die politischen Emigranten nicht nur volles Verständnis gezeigt habe, sondern ihnen auch menschlich nahe gekommen sei.

Mährisch-schlesische Landesvertretung. Die Voroster-Tagung der mährisch-schlesischen Landesvertretung nahm gestern mit der Abstimmung über die Vorlagen des Landesauschusses und die Berichte des Landespräsidenten ihren Abschluß. Vor der Abstimmung gab der Landespräsident C e r n y bekannt, daß der Landesauschussbeisitzer Genosse S n a t e l (tschech. Sozialdemokrat) sowohl sein Mandat im Landesauschuss als auch in der Landesvertretung niedergelegt habe, und dankte ihm unter dem Beifall der Landesvertretung für seine Arbeit im Dienste der Landes-Selbstverwaltung. An Stelle des Genossen S n a t e l wurde Genosse Jaroslav K o u c e l von den tschechischen Genossen in den Landesauschuss entsendet. Als einziger Redner des gestrigen Tages beschäftigte sich Landesauschussbeisitzer Genosse S i d a mit einigen Fragen, die gelegentlich der Debatte über den wasserwirtschaftlichen Fonds am Dienstag aufgestellt worden waren, und versprach neuerlich strenge und objektive Untersuchung der Angelegenheit der Krainer Talsperre. Nach der Abstimmung schloß der Landespräsident mit Ostergrüßen die Tagung.

Hitlerpropaganda in USA

Paris, 21. März. Die Agence Havas meldet aus Washington: Das Repräsentantenhaus beschloß mit 108 gegen 21 Stimmen eine parlamentarische Untersuchung bezüglich der Hitler-Propaganda und -Tätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika vorzunehmen.

Riefenbrand in Japan

1000 Menschenopfer

T o k i o, 22. März, 0.30 Uhr. In der etwa 200 Kilometer von Tokio entfernten Stadt Sakodate, die 200.000 Einwohner zählt, entstand heute ein Riefenbrand, dem, wie man befürchtet, 1000 Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Die Stadt steht noch immer in Flammen. Der Brand dürfte durch Funkenflug aus einigen Schornsteinen entstanden sein, die durch einen heftigen Sturm ungerissen wurden.



Zerstörte Arbeiterwohnungen im Goethe-Hof

Tagesneuigkeiten

Sechs Todesopfer der Arbeit

Mailand, 21. März. Bei Livorno brach plötzlich in einem Schacht der Gesellschaft Montecatini ein Teil der Erde ein. Vier Arbeiter wurden getötet, einer ist schwer verletzt.

In Verres im Ostjura explodierte in einer Fabrik eine Sauerstoffflasche. Zwei Arbeiter wurden getötet und vier schwer verletzt. Das Dach der Fabrik wurde durch den Luftdruck 20 Meter weit fortgetragen.

Um die Welt zum Tscheljuskin-Lager

„Kraffin“ und zwei Hliger unterwegs.

Moskau, 21. März. (Tsch.) Die Hliger Bodopjanow, Galschew und Doronju, die von Chabarowitsch zu einem Flug zum Lager der „Tscheljuskin“-Schiffbrüchigen aufgestiegen sind, sind jetzt in Dschost eingetroffen. Der Flug fand bisher unter äußerst ungünstigen Wetterverhältnissen und in gebirgigem Gelände mit Höchsterhebungen von 2000 Metern über eine Strecke von 2000 Kilometern statt. Es verbleibt noch eine Flugstrecke von 2500 Kilometern, damit sie in die Wüste von Providence gelangen. Dieser Abschnitt wird der schwierigste sein. Der Eisbrecher „Kraffin“ wird in zwei Tagen den Leningrader Hafen verlassen und durch den Atlantischen Ozean, den Panama-Kanal, den Stillen Ozean, um die Aleuten herum und die Beringstraße längs der amerikanischen Küste fahren. Auf diesem 12.380 Meilen langen Wege wird er die Schmidt-Wüste in 47 Tagen erreichen, das bedeutet demnach um 12 bis 15 Tage früher als auf dem Ostwege über den Suezkanal. Der Chefredakteur der Expedition des „Kraffin“, Smirnow, sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, alle Schiffbrüchigen zu retten, insofern sie nicht von den Hligern gerettet werden sollten.

Russische Eisenbahnkatastrophe vor Gericht

Moskau, 21. März. (Tsch.) Ein Vorortpassagierzug überfuhr am 12. d. M. in der Station Lawatuj im Ural ein geschlossenes Einfahrtsignal und fuhr hierbei auf einen Lastzug auf, der gerade verschoben wurde. Einige Waggons wurden zertrümmert, die Lokomotive beschädigt. 33 Passagiere wurden getötet, 22 weitere schwer, 46 leicht verletzt.

Am 19. März nahm die Gerichtsverhandlung gegen die Schuldigen an der Katastrophe ihren Anfang.

Das entführte Medium

Selbstmord eines Budapesters.

Budapest, 21. März. Ein höchst eigenartiger Fall beschäftigt augenblicklich die Budapest-Polizei. Vor acht Wochen hatte eine Frau angezeigt, daß ihr Mann, der Tischlermeister Ludwig Pap, spurlos verschwunden sei. Nun aber war Pap in Budapest Spiritistenkreisen ein sehr bekanntes Medium, dessen man sich häufig bei spiritistischen Sitzungen bediente. Bei einer solchen Sitzung war auch eine Frau namens Eris Hellsberg anwesend gewesen, die sich als schwedische Schriftstellerin ausgab. Die Schwedin hatte den Tischlermeister zu überreden versucht, nach Schweden zu kommen, da er dort auf Grund seiner medialen Veranlagung zu großem Wohlstand gelangen könne. Ludwig Pap, der verheiratet und Vater von zwei Kindern ist, hatte jedoch dieses Anerbieten abgelehnt. Eines

Ein März

An einem strahlenden Tage im März werden sich unsere Kolonnen formieren. Die flackernden Fahnen himmelwärts, werden Armeen marschieren.

Lärm der Fabriken und Lärmen der Waffen, verläßt vor den stampfenden Schritten der Reichen, vermischt vor dem flammenden Willen der Massen:

Die Freiheit aus ihren Ketten befreien.

Nacht, du blinkender harter Wille, den Traum in den leuchtenden Tag zu tragen. Aus Winter und Abwehr und lähmender Stille, in einem März die Schlacht zu schlagen.

Sie werden an diesem Tage im März, den Kopf und auch die Handflächen verlieren. Mit flackernden Fahnen himmelwärts, so werden Proleten marschieren.

Sturl D o b e r e r.

ratungsstelle für Diabetiker in Prag einrichten, weiter wolle er Nischen für Diabetiker errichten, sich um die diabetischen Kinder sorgen und das Interesse auf die Bäder konzentrieren, die gut für Diabetiker sind (Mariabrod). Bei den Wahlen wurde wurde der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Dr. J. S t a n d l zum Vorsitzenden gewählt.

Weltreford in der Kirche. Nun besigt Amerika einen neuen Weltreford, und zwar den Weltreford im Geschwindigkeits- und Dauerlofen, aufgestellt in der Stadt Baltimore im Staate Maryland, in der neuen Pfingstkirche, von dem Pastor William Richter, Pfarrer Pitzer versammelte letzten Sonntag wie üblich seine Gemeinde um sich und lud sie ein, mit ihm zusammen einmal die ganze „Heilige Schrift“ durchzugehen. Gesagt, getan. Er selbst begann aus der Bibel vorzulesen „und trug nun stundenlang Kapitel um Kapitel vor, bis er so heiser geworden war, daß er einfach nicht mehr weiter konnte. Wer nun aber gedacht hätte, daß diese merkwürdige gottesdienstliche Übung damit beendet sei, der sollte sich getäuscht haben, denn auf einen Wink des Pfarrers hin erschien alsbald sein Stellvertreter auf der Kanzel und setzte mit frischen Kräften und noch klarerer Stimme die Vorlesung fort. Auch er wurde dann nach mehreren Stunden abgelöst, von einem jungen Theologiestudenten, der sich besonders ins Zeug gelegt haben soll und dann auch durchgehalten hat, bis das letzte Wort aus der „Heiligen Schrift“ in dem weiten Chor der Kirche verhallt war. Ob die Gemeinde auch so lange ausgehalten hat, wird in der Meldung nicht mit angegeben. Dagegen wird mit Stolz berichtet, daß außer dem Dauerreford gleichzeitig ein Geschwindigkeitsreford im Lesen aufgestellt wurde, ist es diesen Gottesstreitern doch gelungen, die ganze Bibel, von A bis Z, ohne dabei ein Wort auszulassen, in der Zeit von 52 Stunden und 25 Minuten herunterzulesen.

Die spanischen Wirren. In einem Dorfe bei Almeria wurde am Dienstag die Pfarrkirche in Brand gesteckt. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Am gleichen Tage überfielen in Granada Anarchosyndikalisten ein Pulvermagazin und entwendeten große Mengen Sprengstoff.

Eine Schöne stirzt zusammen. Bei der Unternehmung einer Schöne auf dem Anwesen des Landwirts Schäfer in Neuhemsbach (Waden) stürzte diese plötzlich in sich zusammen und begrub fünf Personen unter sich. Schäfer selbst wurde von einem herabfallenden Balken auf der Stelle getötet. Die übrigen vier wurden erheblich verletzt.

Wahrscheinliches Wetter heute: Halbheiter, nur vereinzelt, und zwar besonders im Westen, stärkere Bewölkung, untertags mäßig warm, schwacher Wind.

Spiionage für Sowjetrußland? Am Sonntag wurde in Pardubitz ein Feiler wegen Verdachtes der Spiionage zugunsten Sowjetrußlands verhaftet. Die Untersuchung ist noch nicht beendet.

Von der Namensstagsfeier in den Tod. Bei Nybak Pole unweit Rosenbergs in der Slowakei wurde aus dem Baag-Fluß die Leiche des Gerwalters des städtischen Krankenhauses in Rosenbergs, des 41jährigen Jan Melichar, herausgezogen. Es wurde festgestellt, daß Melichar vorher bei einem seiner Freunde den Josefs-Tag gefeiert hatte und daß er, als er des Nachts nach Hause ging, wahrscheinlich in den Fluß gestürzt und ertrunken sei. Den Vorfall untersucht die Gendarmerie.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Freitag:

Prag, Sender 2.: 6.00: Gymnastik, 10.05: Deutsche Nachrichten, 11.05: Schulfunk, 16.30: Tschechisch für Deutsche, 17.05: Ondricek-Quartett, 18.25: Deutsche Sendung; Aug. Karpe: Die Technik für? 18.50: Arbeitererfindung; S. Gregor: Aktuelle zehn Minuten, 19.00: Deutsche Nachrichten, 20.30: Wallenstein, Kuntporirät des Obererz. Sender 2.: 14.45: Gesangsconcert, 15.10: Deutsche Sendung; Frauenfunk, 15.45: Deutsche Nachrichten. — Brünn: 16.00: Nachmittagsconcert, 18.15: Arbeitererfindung; Kramar: Märzrevolution und die Arbeitererschaft. — Berlin: 17.30: Lebensabend, Säubert. — Leipzig: 22.30: Musikklub des Gewandhausorchesters. — Langenberg: 20.10: Unterhaltungskonzert. — Wien: 17.10: Konzert; Schumann, 21.45: Ginfley liest aus eigenen Werken, 22.45: Tanzmusik.

Tages war er aber aus seiner Wohnung verschwunden. Nun, nach acht Wochen, erhielt seine Frau einen Brief von ihm, in dem er ihr mitteilte, daß die Schwedin ihn hypnotisiert und auf diese Weise gezwungen habe, mit ihr nach Schweden zu kommen. Er lebe jetzt in Golenburg, wo Frau Hellsberg ihn in einer Villa gefangen halte. Er stünde immer wieder unter dem hypnotischen Einfluß der Frau, die ihn an der Rückkehr nach Budapest hindere. Zum Schluß bittet er seine Frau, bei der Polizei etwas zu unternehmen, damit er aus seinem merkwürdigen Gefängnis befreit würde. Die Budapest-Polizei hat dann auch sofort Schritte eingeleitet, zumal da sich im vorigen Jahre zwei ähnliche Entführungen in hypnotischem Zustand ereignet haben.

Zugeunglück in Mannheim

Mannheim, 21. März. Am Mittwoch Vormittag um halb acht Uhr ereignete sich im Mannheimer Rangierbahnhof ein Zugunfall. Der Personenzug Frankfurt-Mannheim stieß mit einem Güterzug zusammen. Beide Maschinen entgleisten, etwa vier Güterwagen wurden ineinandergeschoben. Bis jetzt wurden etwa 15 Leichtverletzte in das städtische Krankenhaus von Mannheim geschafft.

Ueber die Ursache des Zusammenstoßes, der in diesem Nebel erfolgte, ist bisher noch nichts bekannt geworden. Die tragliche Strophe wird zur Zeit wegen Umbauarbeiten nur einseitig betrieben. Der Verkehr an der Unfallstelle wird durch Umfahrungen aufrechterhalten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Das Lotterielos des Armen. Aus Budapest wird von einer erschütternden Tragödie der Armut berichtet, die aus einem Zufall erwachsen ist, einen Zufall allerdings, der gleichfalls ein Kind menschlicher Not war. Ein Budapestischer Straßenhändler, der in tiefster Not lebte, war Besitzer eines Lotterieloses, das in diesen Tagen mit großem Gewinn gezogen wurde. Das Los hatte ihm eine mildtätige Seele geschenkt, aber der Händler, der mit seiner zahlreichen Familie buchstäblich hungern mußte, schenkte dem Lose keine Beachtung und zog vor einigen Wochen, von einem Unfall mitlofer Bergweisung gepackt, auf Wanderschaft. Seine völlig mittellose Familie blieb in Budapest zurück. Der Händler, der inzwischen ein vermöglicher Mann geworden ist, hat keine Ahnung von seinem Glück. Ziellos und hungernd vagabundiert er in der Welt umher, niemand weiß, ob er je von seinem Lotterietreffer erfahren wird. Die Familie aber kann den Gewinn nicht beheben, da der Händler mit dem Los in der Tasche fortgezogen ist. Eine Familie, die die Laune des Zufalls der Not entriß, muß weiter hungern, weil — hier demonstriert der türkische Zufall es sinnfällig — die Armut in dieser Gesellschaft selbst im Blick die Akten der Not nicht zu verlieren vermag. Bis eben aus dem Zufall die Selbstverständlichkeit sozialer Gerechtigkeit geworden ist!

Konstituierende Generalversammlung der tschechoslowakischen Diabetikerfürsorge. Am Dienstag, den 20. März, abends fand im Parkhaus in Prag die konstituierende Generalversammlung der tschechoslowakischen Diabetikerfürsorge statt. Minister Dr. Spina begrüßte in einer Ansprache die Konstituierung der Diabetikerfürsorge. Professor Dr. Brujil befahte sich mit dem Programm des Vereins. Er führte aus, daß es sich um einen interessanten Versuch der Zusammenarbeit von Laien mit ärztlichen Fachleuten handle und erwähnte die soziale Tragweite der Fürsorge für die Zuckerkranken. Der Verein wolle zunächst eine Ver-

BINNEN 3 TAGEN ERLEDIGEN WIR REPARATUREN, DIE UNS BIS ZUM 24. MÄRZ GELIEFERT WERDEN.

Wir bitten Sie, Ihre Schuhe baldmöglichst zur Reparatur zu bringen, da später gelieferte Schuhe erst nach den Feiertagen repariert werden können



Die österreichischen Sozialdemokraten rufen euch zu:

Die beste und würdigste Unterstützung unserer schweren Arbeit ist

Ein Abonnement der „Arbeiterzeitung“

Erscheint allwöchentlich. Bezugspreis K 12,50 für ein halbes Jahr. Bestellungen sind zu richten an die Verwaltung der „Arbeiterzeitung“, Brunn, Seite 83/12.

Romantik in unserer Zeit

Ein richtiger Prinz, ein wirklicher und leidenschaftlicher — wie es im Märchen heißt — hat, wenn auch nicht eine arme Hänselmad, dennoch ein schlichtes Bürgermädchen geheiratet. Wir haben die Braut nach Photographien kennengelernt: sie ist jung, schön, leicht ange „dampft“, so ungefähr hätte Grete Garbo ausgesehen, wenn sie statt in nordischem Lande an der Spree geboren worden wäre.

Man sagt, die Romantik in unserer Zeit sei ausgefallen. Und trotzdem — Hand aufs Herz — beneiden nicht viele heimlich von uns das berlinische Mädchen um ihre Heirat mit einem Prinzen? Dieser Prinz hat, wie man weiß, auf seine königliche Herkunft gepfiffen. Nicht erst, als er Garbo von der Spree begegnete. Schon vorher. Oder war es etwa früher Sittlichkeit, daß Prinzen Filmregisseure wurden und in Gladiatoren ihre kurzen Tage mit — Arbeit verbrachten?

Leute königlichen Geblüts haben mitunter Spielens. Der Beispiele gibt es so viele, daß man keine aufzählen braucht. Doch der Spiel der Romantik ist heutzutage selten geworden. Jeder Mensch, auch ein König, ist von wirtschaftlichen Verhältnissen — in diesem Fall von denen seines Landes — bedrängt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der heutigen Zeit verlangen es, daß eine königliche Ehe ein gutes Geschäft für den betreffenden Staat bedeutet. Nur bei den Schweden scheint dies anders zu sein. Ein Vetter — oder war es ein Bruder? — jenes populär gewordenen Siegwarts ist ebenfalls, an aristokratischen Maßstäben gemessen, eine Resalliance eingegangen. Da man nichts Gegenteiles bis heute gehört hat, scheint er sich dabei außerordentlich wohl zu fühlen.

Schweden ist demnach das einzige Land, in dem die Romantik durchaus noch nicht ausgestorben ist. Vielmehr liegt es daran, daß dieses stille, herrliche Stück Erde mit seinen Schären und seinem Meer noch immer so etwas wie eine Oase im Meer der Wirtschaftskrise bedeutet? Denn schließlich — seien wir offen — Romantik kann sich nur noch leisten, wer keine anderen Sorgen hat. Wer sich also alles andere leisten kann ...

Katja.

Goering bestätigt die Greuel

Von PETER PAUL HOFER, Berlin

In der Presse wird mitgeteilt, daß der General Goering, der auch Chef der Geheimen Staatspolizei ist, eine Verfügung herausgegeben hat, die eigentlich sensationell wirken müßte. Goering hat angeordnet, daß von nun an nicht mehr jeder Landrat oder jede „Dienststelle der Partei“ beliebige Menschen auf beliebig lange Zeit einsperren können! Nicht nur in Deutschland, wo es angeht, sondern auch im Ausland, berichtet nahezu die gesamte bürgerliche Presse darüber, als handele es sich um eine ganz nebenfällige Angelegenheit. Und doch ist diese Verfügung Goerings die wertvollste Greuelbehaftung, die sich überhaupt denken läßt. Man bedenke, daß in Deutschland zehntausende Männer und Frauen, Juden und Christen, Nazisten, Freimaurer und Jesuiten, sowie Geistliche aller Bekenntnisse seit nunmehr vierzehn Monaten hinter Stacheldrähten und in schauerlichen Gefängnissen schmachten, zu Krüppeln geschlagen, zu Tode geprügelt, gemordet, „geselbimordet“, oder auf der Flucht erschossen worden sind, weil irgendein schuftiger Nazi das verlangt oder angeordnet hatte. Niemand hat man gehört, daß ein solcher Strauß vor Gericht gestellt worden wäre, läßlich aber hat man die freche Behauptung leiten können, daß alle Greuel, die aus der Nazihölle berichtet worden sind, daß alle die Folterungen, die Tschuppel, Heilmann, Ebert, Seger und zehntausend andere bezugten oder selbst erlitten haben, „erlogen“ wären. Aber man hat weiter gehört, daß der berüchtigte Herr Röhm seinen SA-Stroichen ausdrücklich versichert hat, er gestatte ihnen straflos bis zu zwölf Tötungen von Gegnern, falls zuvor irgendwo ein SA-Mann getötet worden sei. Goering gibt mit seiner Verfügung zu, daß der bisherige Zustand, eine unerhörte Kulturshande, nicht länger ertragen werden kann. Von jetzt ab sollen „nur noch“ die Landespolizeibehörden Schubhaft, also Konzentrationslager, verhängen können, die Schande als solche bleibt also bestehen, sie soll nur nicht mehr von jedem Lausduden der SA verhängt werden können. Es bleibt auch jetzt noch die abscheulichste Willkür bestehen, denn: „Nur die Geheime Staatspolizei kann eine Längerdauerende Schubhaft verhängen.“ Wenn andere Behörden, die an sich dazu berechtigt sind, die Schubhaft verhängen, so sollen sie spätestens am achten Tage dem Minister Mitteilungen machen; die Entlassung hat zu erfolgen, wenn der Minister die Verlängerung nicht verfügt. Zunächst können also die Oberpräsidenten (man denke an den üblichen Zeigensoffen mit dem Rißferraden Kubel) und Regierungspräsidenten das Konzentrationslager noch verfügen, freilich „nur für acht Tage“, dann muß der Morphinit Goering informiert werden. Je nach dem die letzte Spritze gewirkt hat, wird der seiner Freiheit beraubte dann aus der Nazihölle entlassen oder weiter festgehalten werden. Man bedenke, alle diese Inhaftierungen und Festhaltungen erfolgten bisher ohne jede Prüfung der Beschuldigung, der Denunzianten, des Verfolgten und der Zeugen!

Es mag sein, daß bei einigen der oberen Bonzen im Dritten Reich das Gewissen allmählich sich ein wenig bemerklich macht, nachdem alle ihre Unternehmungen fehlgehen, alle ihre Voraussetzungen sich als Humbug erweisen, eingeschlossen die größte „soziale Tat“, das Eintopfgerecht! Eine unverzeihliche Dummheit der Kulturmenschen wäre es, wenn sie sich durch eine Verfügung, wie die Goering'sche, einlassen ließe. Der Erfolg der Hitlerbewegung wurde nach dem Zeugnis des obersten Hauptlings dadurch gesichert, daß man immer und immer wieder dasselbe behauptete und in die Köpfe der Massen einhämmerte. Das ist ein Rezept, von dem man zugehen muß, daß es sich propagandistisch bewährt hat. Die gemeinsten Greuel sind vorgekommen, werden weiter praktiziert, werden überhaupt nicht aufhören, wenn die antifaschistische Welt aufhören sollte, die Greuel zu brandmarken. Hitler hat bekanntlich in seinem Buch gesagt: „Das deutsche Volk hat gar keine Ahnung, wie sehr man es beschwindeln muß, wenn man Massenanhänger gewinnen will.“ Dieser Hitlertheorie von der Wirksamkeit des Schwindels müssen alle Gegner der deutschen Kulturshande die Wahrheit entgegenstellen und immer wieder veröffentlichen! In Deutschland werden Greuel der schlimmsten Art verübt, seitdem die Nazi am Ruder sind, dort wurden viele Tausende existenzlos gemacht. Aerzte und Anwälte, Künstler und Gelehrte wurden verjagt und geächtet, weil sie Juden waren oder jüdische Voretern gehabt haben; man hat jüdische und marxistische Kaufleute ruiniert, indem man sie boykottierte oder gewalttätig aus ihren Unternehmungen entfernte. Zehntausende Arbeiter wurden ohne jeden Grund lediglich aus böshafter Nachsucht viele Monate lang eingesperrt und furchtbar gequält. In diesen tausendfach bezugten Tatsachen ändert eine Verfügung wie die Goering'sche nichts. Die Sicherheit und Freiheit der Person, die in Deutschland durch die demokratische Verfassung gesichert war, gibt es nicht mehr.

Als diese Zustände sich geändert haben, bis wieder gleiche Rechte für alle gesichert sind, darf niemand vergessen, daß an allen Waren aus dem Hitlerreich Blut fließt, Arbeiterblut; daß alle deutschen Produkte an zerstreute Exzentrizen, an zerstörtes Familienglück erinnern, an Weiseln und zum Selbstmord gezwungene Unglückliche, an Gefangene, Geisler, Gemordete. Das Berliner Tageblatt geht offen zu, daß der Boykott deutscher Waren, den die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften in Dänemark und Schweden verhängt haben, fürchtbar wirkt. Recht so, weiter so. Bardou darf den Hunnen nicht gegeben werden.

Am 17. Juni ist Rindertag!

1.200.000 ägyptische Pfunde haben die Ver-

Die Chauffee

In diesen Schwaden lag der Nebel des Wintermorgens über der Landschaft. Die Chauffee gleich einem schmutzig-grauen Band, das ein verwundeter Riese verloren hatte, Entblätterte Bäume mit trostlos vorgezerrten Ästen erschienen wie feine Striche einer melancholischen Meißelzeichnung. Da, wo die Landstraße in weitem Bogen trübe Felder zerschnitt, durchhallte die Luft das eintönige Anrücken einer Dampfwaage. Schotter und Kies wurden zermahlen, der schlecht gewordene Teil der Chauffee aufgerissen und planiert. Von Zeit zu Zeit verjuchten die Arbeiter ihre klammgewordenen Hände durch Anhaufen zu erwärmen, um dann von neuem auf den harten Erdboden einzufallsagen.

In der Frühstückspause bot sich der kleinen Kolonne zufällige Unterhaltung. Ein Ruslant, der die umliegenden Ortschaften durchzog, hatte sich zu den Männern ans Feuer gesetzt und spielte für sie auf einer Ziehharmonika.

Mit gespanntem Kopf folgte der Vorarbeiter den Weisen des primitiven Instrumentes. Sie schienen ihm die Intonierung des eigenen Lebensschicksals. Er vernahm die Melodien seiner treulosen Kindheit. Dann hörte er wieder die verlogenen Klänge, mit denen man ihn in den Krieg gelockt hatte, ihn und die Kameraden. In tropischem Haß preßten sich seine Lippen. Jetzt erkante ein Kolofotid, das an Reißholzzeit, Spigheden und tierisches Porzellan erinnerte. Es endete in einem sehnuchsvollen Akkord, der aus weiter Ferne zu kommen schien wie die zumisfrohe Verheißung unsagbarer Glücks. Der Vorarbeiter atmet schwer. Vor seinen Augen entstanden Bilder einer großen Vergangenheit. Er sah bunteschmiedete Paare im Spiegelaal eines prächtigen Luftschlosses Quadrille tanzen, bis der galante Reigen einer wilden Vision wich. Dumpfe Massen zerbrachen im Rhythmus der ewigen Freiheitshymne schwarze Bastillenmauern. Rot wehlen Siegesfahnen von den Türmen des finsternen Gebäudes. In das Klirren gebrochener Ketten mischte sich der Jubelschrei Millionen Enterteter. Schließlich vererbte die Lüne in der stolzen Symphonie wertig schöpferischen Schaffens.

Arteses Autohupen durchbrach die stielliche Stille. Die Männer sahen auf. In eleganter Kurve bog ein Luxusauto in die neugemachte Chauffee und war bald in dem Nebel des Wintermorgens entschwinden.

Wortlos redete der Vorarbeiter seine Glieder, daß die Gelenke knackten. Mit einem Händedruck bedankte er sich bei dem Ruslant. Entschlossen griff er zur Spighade und schlug voll neuer Kraft in den gefrorenen Boden. Krachend brach Stiel auf Stiel aus der schadhaften Landstraße. Hart erkoch das hohe Lied der wertzeugenden Arbeit. Das gleichmäßige Klöpfen klang wie ein froher Reim: Für uns und unsere Kinder!

Und wenn die Erde in großen Rissen weitklaffend aufsprang, dann lastete der Vorarbeiter und spie, sich anfeuernd, in die schwierigen Hände. Immer mehr strampften sich seine Muskeln, immer mächtiger wurde die Gewalt seiner Schläge.

Er hatte die Zukunft gesehen!

W. Jaenede.

60.000 schwarze Portiers erpressen England!

Weltpolitische Grateste in Ägypten.

Die englisch-ägyptische Regierung hat sich bereit erklären müssen, den Bewohnern des oberen Niltals, soweit dieses durch den neuen Assuanstaudamm betroffen wird, eine ungenügende Entschädigung zu zahlen. Die „Geschädigten“ sind Berberinen, die in ganz Ägypten als Diener, Köche, und vor allem als Portiers arbeiten und nur ihren Lebensabend in der Heimat verbringen. Die Entschädigung wurde durch eine wahrhaftige große Erpressung „herausgeholt“.

„Goldhaltiges“ Nilwasser ...

Wieder ist ein Ball an dem riesigen Stauidammprojekt von Assuan fertiggestellt. Schon wieder kann sich das Nilwasser drei Meter höher hauen, um eines Tages, mit sechs weiteren Metern, die Höhe erreicht zu haben, die für das ganze Jahr die Bewässerung und Fruchtbarkeit der unteren Niltrecken sichert.

Wenn das Wasser steigt, dann geht es über die Ufer. Es wird noch immer höher über die Ufer klettern. Dörfer werden überschwemmt, Siedlungen müssen geräumt werden. Alle Anlagen und auch Ruinen der ägyptischen Vorzeit werden überschwemmt.

Um 90.000 Anwohner haben mit der Regierung verhandelt über ihren Umzug. Die englisch-ägyptische Regierung schlug freundlich und nett eine kleine Umsiedlung vor. Keiner der 90.000 Anwohner rührte sich. Das Wasser stieg zur Umsiedlung wollte die Regierung auch noch eine Entschädigung geben.

In barem Geld — lockte man. Da horchten die 90.000 auf, und 60.000 verhandelten mit der Regierung. So kam das Gold in das Niltal ...

Die Berberinen schmunzeln.

Mit den Ägyptern, mit den Arabern selbst wäre die Regierung leichtfertig geworden. Aber hier leben die Berberinen. Man weiß von ihnen nur, daß sie allen Städten des Nils die Dienstboten liefern, besonders die Köche und die Portiers.

Der Ethnograph würde Sorge haben, diese Berberinen genau einzuregistrieren. Die Rußviertunde bei Abu Simbel vor einigen Tagen boten interessante Rückschlüsse. Jedenfalls sind die Berberinen dunkler als die Ägypter. Sie wohnen im Niltal von Assuan bis zum 4. Katarakt und sprechen eine Sprache, die zu einer afrikanischen Gruppe gehört, sie also gänzlich von den Arabern trennt.

Christen waren sie, bis die Mameluden bei der Napoleon-Invasion zum oberen Nil vordrangen und mit Prügel und Schwert Mohammeds Programm des Glaubens verkündeten. Aber heimlich werden immer noch die Kinder getauft.

Das sind die Berberinen, die auf einmal zu einer sehr wohlhabenden Volksgruppe in Ägypten geworden sind. Nie hat man so viele Grammophone, Radioapparate, Parfüms und Whisky-Flaschen zum oberen Nil geschafft, wie in den letzten Wochen, besonders zu Ramadan, zum hohen Fest.

Da freuen sich die Berberinen, weil sie ihr Geld auf einmal so leicht verdienen. Wenn es ihnen auch keineswegs schlecht gegangen ist, damals, da sie noch als Hotellöcher und Hauswarte eine nette Stange Geld sparen und manche Tasse aus dem Renpa-Gaus in Kairo oder dem Ham-

leh-Casino, manches Tablett aus den schönen Hotels als „Amulette“ und Andenken in Koffern nach Hause schleppen.

Was Ägypten zahlen muß ...

Als die erste Offerte der ägyptischen Regierung bekannt wurde, waren die 39 Dienerklubs berberinischer Gründung in Kairo in toller Aufregung.

Man holte Gutachten ein, schickte eine Abordnung hinaus, um die angebotenen Wadenstücke zu studieren. Denn in den Dörfern drohen sich ja nur Frauen und Kinder oder alte Männer, die friedlich und seit eine Weile nach der anderen in beschaulicher Ruhe zu Lebensabschluss rauchen. Diesen Tabak und diese Sorglosigkeit zu haben, war ja bisher immer das Ziel all der Portiers und Diener in Kairo.

Die Klubs nahmen aber auch die besten Rechtsanwälte, deren Hirt vermutlich die zwar staatsgefährliche, aber prozentual einträgliche Idee entsprang.

Die Aufregung sprang auch auf Alexandria über. Am ganzen Nil sprach man über die Land- und Umzugsaffäre der Regierung.

Eines Tages war die Tatil zurechtgelegt: Umstiedeln lasse man sich nicht so ohne weiteres. Es gebe ja schließlich auch noch einen Völkerbund, der die Rinderheuten schüge. An den werde man sich wenden, wenn man weiter mit solchen Pauschalofferten komme.

Wozu vier Worte: die Regierung mußte für ein Feddan Land 10 bis 12 ägyptische Pfunde bezahlen. Das neue Land aber mußte den Berberinen für 2 bis 9 Pfunde überlassen werden. Einschließlich künstlicher Bewässerung und sonstiger Beihilfen.

1.200.000 ägyptische Pfunde haben die Ver-

berinen der Regierung schon abgereicht. Weiteres Geld wird folgen.

„Wir haben's nicht mehr nötig ...“

Die 60.000 Berberinen-Portiers haben keine sonderliche Lust mehr, weiter zu arbeiten als Diener in Kairo oder Alexandria. So werden denn in diesen Tagen mehr Stellen aufgeschlüsselt als je zuvor. Was will man mehr: man hat Geld, man kann sich ein neues Haus bauen in einer schönen Lage, gegen die man sich nur so lange sträubte, als der Preis noch nicht festlag ... Man hat auch Tabak und klingende Münzen genug für eine kleine hässlich-Ausflucht. Kann man mehr von diesem Leben verlangen? Soll man sich weiterhin mit griechischen Hausierern und kleinasiatischen Spighuben und Taschendielen herumplagen, wenn Allah den Weisen und der ägyptischen Regierung den tollen Gedanken eingab, bei Assuan ein Stauidamm zu bauen?

Das Nilwasser mögen sie für den unteren Nil hauen. Für die Leute weiter oben aber, für die Berberinen vor allem, war und ist der Stauidamm von Assuan eine Talisman des Geldes. Jede Palme ist ein Geschäft, sofern sie im Heberschwemmungsgebiet steht.

Und wer von den 60.000 Köchen, Dienern und Portiers nicht schon jetzt mit seinem Geld auf der Bank oder im Bauchgürtel umzieht oder sein neues Haus jenseits der Heberschwemmungszone bauen läßt, der laßt sich in Kairo ein Geschäft. Wachsen hat der Größenwahn gepackt.

Nie ist es den dunkelhäutigen Berberinen so gut gegangen wie jetzt. Allah segne den Stauidamm von Assuan — und den Völkerbund, den man so schön als Erpresserwaffe benutzen konnte ...

J. B.

Dollfuß-Köpfe im Sande . . .

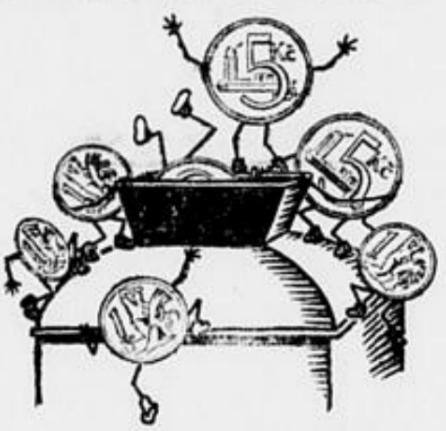
Das Echo der Prager antisozialistischen Ständalrede

Unsere Enthaltungen über den wässrigen Provolationsvortrag der Gräfin Elisabeth Korff-Schmising-Kerzenbrod, jener Dollfuß-Agentin, die es gewagt hatte, im „Deutschen Haus“ in Prag eine üble Rede gegen all das zu halten, was in der Tschechoslowakei geandert wird und guten Klang hat, und schließlich, der Gipfel der Dreistigkeit, die Anwesenden in die faschistische „Vaterländische Front“ zu pressen, haben, wie zu erwarten war, ein lebhaftes Echo ausgelöst.

In dankenswerter energischer Weise hat das „Pravo Lidu“ die Ständalaffäre der Aristokratin-Grafin aufgearbeitet und mehrfach dringende Resolutionen in der Hintergründe des gräßlichen Erfolges, sowie Maßnahmen gegen die antisozialistischen Wähler und Rekruten-aufheber auf dem Gebiet der Tschechoslowakischen Republik verlangt. Wenn „Narodni Politika“ sich bei einer detaillierten Zitierung unseres Berichtes eine Polemik gegen die frühere Politik der Sozialdemokratie nicht verweigern kann, so liegt das in der publizistischen Schenklappen-Perspektive dieses Blattes begründet.

Sehr bezeichnend ist, daß gewisse hypernationalistische tschechische Blätter, die sich sonst zu Überflügen pflegen, wenn irgendwo ein Bagatelie ungelieblich breit zu treten ist, sich in dieses Schweigen hüllen und den beispiellosen Angriff der österreichischen Dollfuß-Agentin betoni ignorieren. Wenn die Quelle der Aufklärung ein „Marxistenblatt“ ist, geht der die aufgelegte Patriotismus gänzlich vor die Hunde. Daß die getarnte faschistische Presse in diesen Tagen die Wiener Gräfin durch Schweigen deckt, versteht sich am Bande.

Auch die gleichgeschaltete österreichische Presse, die sonst so gern mit uns zu polemisieren pflegt, steckt den Kopf in den Sand und stellt sich tot. Diese Methode verfährt bei uns allerdings nicht.



Spare auch Du
damit Du an der III. Tschechoslowakischen Arbeiter-Olympiade in Prag — 5. bis 8. Juli — teilnehmen kannst!

PRAGER ZEITUNG

Vorträge B. Traven

In dieser unruhigen Zeit wird mancher fragen: „Wozu Bücher? Das Leben ist aufregend und hart, bunt und spannend genug!“ Traven schreibt keine Romane mit konstruierter Handlung. Traven schreibt dokumentarische Berichte. Er schreibt das Leben ab. Und zwar das Leben der Reens und Ladinos von Mexiko. Es sind die gleichen Konflikte und Probleme, die auch Europa verachsend zu lösen versucht. Traven schreibt in einem schmerzhaften Stil, ohne Sentimentalität, aber eine tiefe Menschlichkeit und überlegene Ironie geben seinen Büchern einen Klang, der nur dokumentarischen Berichten abgeht.

Der Indianer nennt er seinen Bruder. Ihn liebt er. „Glauben Sie“, so fragte er einst einen Ailen, „daß dieses Land jemals wieder zu solcher Macht gelangen wird wie damals, ehe die Spanier kamen?“

Der Indianer antwortet: „Das Gehen unseres Volkes ist langsam. Wir haben Zeit. Die weißen Männer haben keine Zeit. Aber können Sie nicht hören, Senor, wie alle nichtweißen Völker die Erde ihre Glieder ragen und strecken, daß man das Knacken der Gelenke über die ganze Welt vernehmen kann?“

Etwas unsicher meinte Traven: „Dagegen werden wir uns zu wehren wissen.“

„Womit?“ fragte ruhig und ohne jede Ironie der Indianer. „Womit? Mit Ihrer Zivilisation? Die ist nicht stark genug, Senor. Sie hat ja keine tragende Idee. Ihre Zivilisation wird nur von einem einzelnen Gedanken geleitet und der heißt: Geld. Mit Geld kann man Geschäfte machen, aber keine Seelen erwärmen.“

Josef Buntz liest am Montag, den 20. März, abends 8 Uhr, in der Tschechischen Bühne aus Traven und Wasser mann. Arbeiter und Angehörige erhalten ermäßigte Karten bei Genossen Deutsch.

Kunst und Wissen

Die Besucher der Arbeiterveranstaltungen werden auf die am Sonntag, den 25. März um 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater stattfindende „Rigoletto“-Aufführung aufmerksam gemacht. Für diese von der Theater-Direktion veranstaltete Vorstellung sind auch Karten zu 6 und 12 Kč bei Dpifer Deutsch Palais „Morana“ zu haben.

Dorothea Ruzitska, die junge tschechische Pianistin, liefert Dienstag abends in einem Konzert im Institut français eine neuerliche Talentprobe, die durch den Nachweis vorbildlichen Ernstes, fast männlicher Kraft, fühlbar starken Willens und sicherer Intelligenz als gelobt bezeichnet werden darf. Am überzeugendsten gelangen ihr Beethovens 32 Variationen G-Moll; aber auch die Wiedergabe von Moussorgskys „Bilder aus einer Ausstellung“ liehen deutlich reichendes technisches und vorragendes Vermögen wirkungsvoller Nachgestaltung erkennen. Dagegen kann von einer (mental inneren) Vertrautheit mit Bach (Partita D-Dur) nicht gesprochen werden. Insgesamt wäre wahrhaft inneres Erglühen, größere selbstige Verarbeitung als Voraussetzung für letzten künstlerischen Ausdruck unerlässlich. — Den übrigen Teil des Programmes bestreift die von ihrer Wirksamkeit am Prager Deutschen Theater bekannte Altistin Tilde Wenz mit Liedern von Brahms, Wolf, Rink und Procházka; man könnte der jungen Dame gründlicheres Gesangsstudium anraten.

Friedrich Höpflin und Tilde Dubra veröffentlichen mit Schluß dieser Spielzeit Prag. Höpflin wird einem Ruf als Spielleiter und Schauspieler an das Nationaltheater in Kanaubei in Koseh leisten.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters.
Donnerstag, halb 8 Uhr: „Turandot“, G. 2. — Freitag, halb 8 Uhr: „Julius Caesar“, Gastspiel Ernst Deutsch, Jubiläumsvorstellung Max Liebl, D. 1. — Samstag, 7 Uhr: „Tannhäuser“, Zyklus II, G. 2.

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Gasteln“, Erstaufführung. — Freitag, 8 Uhr: „Gasteln“, Kulturverband, Freunde und freier Verkauf. — Samstag, 8 Uhr: „Gasteln“.

Aus der Partei

Jahresversammlung der Deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag. Die Jahresversammlung der Bezirksorganisation findet Freitag, den 10. April statt und es werden die Organisationen gebeten, sich diesen Tag freizubehalten. Dienstag, den 10. April, findet eine Sitzung der Bezirksvertretung statt.

Sport • Spiel • Körperpflege Die Situation im westeuropäischen Arbeiterfußball

Die Gruppe West sagte Anfang März d. J. in Brüssel. Auf Grund der neuerlichen Ereignisse in Belgien, wodurch die WAZ, ihren zweiten wichtigsten Verband verlor, sind für die westlichen Länder neue Arbeitsaufgaben entstanden. In dieser Sitzung waren anwesend die Genossen: Fridour, Ehrenpräsident der WAZ, Deblieger, Sekretär der Lateinländer, Lalemand (Belgien), Vallement (Frankreich), Minnia (Schweiz), Elvin (England), Kobels (Belgien). Norwegen erklärte sich in einem Briefe einverstanden, und unterstützt die „Arbeitsfront“ von Westeuropa. Holland hatte sich ebenfalls und will an der „Arbeitsfront“ teilnehmen. Das Saargebiet hat einen langen Verzögerungsgeschicht, in dem es seine schwierige Lage erklärt.

Genosse Deblieger erklärte, daß es nötig sei, die Arbeit der WAZ nach den Ereignissen in Deutschland und Wien zu fertigen und zu dezentralisieren sowie die Komitees durch Vertretung der aufgelösten Verbände zu ergänzen. Nach Diskussion wurde entschieden, den Fußballnachwuchs zu ergänzen, indem die Nordgruppen (Finnland, Lettland, Estland, Norwegen, Schweden und Dänemark) und die Zentralgruppen (Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien) gebeten werden, je einen Delegierten zu bestimmen, die das „Internationale Komitee“ mit dem Genossen Lalemand von der Gruppe West bilden werden. Für die Gruppe West ist entschieden worden, die Europameisterschaft bis spätestens Pfingsten zu beenden.

Folgende Spiele finden statt: Schweiz gegen Belgien in Zürich am 2. April 1934, Schweiz gegen Frankreich in Genf am 21. Mai 1934. Für das Endspiel der Europameisterschaft macht die Gruppe West ihre Vorbehalte, denn wenn der Erntefonds nicht bleiben könnte, würde es nicht möglich sein, das Spiel zu organisieren.

Die Gruppe West hat entschieden, wieder eine zweite Europameisterschaft zu beginnen. England wird daran teilnehmen. Diese Mittelnahme wird am 30. August in Dordrecht beginnen, wo die französische und belgische Mannschaft, vielleicht auch die der Schweiz gegen die englische Mannschaft spielen werden. Die Gruppe West hat die Lage der englischen Spieler nach den Erklärungen des Genossen Elvin geprüft. Es ist selbstver-

Schon am 10. April
kann Dir ein Haupttreffer zufallen, wenn Du rechtzeitig Lose der Arbeiterfürsorge kaufst
Nur 3 Kč!

händlich, daß diese englischen Spieler berechtigt sind, mit Mannschaften der WAZ zu spielen.

Die internationalen Beziehungen mit den anderen Ländern sind auch ins Auge gefaßt worden. Die Gruppe West macht es sich zur Aufgabe, alle Sportarten der WAZ, in der Arbeitsfront zu pflegen. Es war also eine ausgezeichnete Sitzung. Für einige Länder wurden verschiedene Punkte geregelt und eine gute Aktivität für die Zukunft gesichert.

Komm. d. Bd.: Dazu ist zu bemerken, daß sich die Besprechung in Prag bereits mit der Reorganisation der technischen Ausschüsse beschäftigt. Den Verbänden ist bereits ein Vorschlag zugegangen.

Die Olympiade 1936 in Berlin. Dieser imperialistische Kampf auf der Aischbahn wirkt auch in Deutschland keine Schatten voraus. Man hat große Sorgen, um die notwendigen „Manonen“ heranzubilden. Die Suche nach den „subelanten“ Sportlern beginnt. In den Schulen, bei der SA und SS, in den Sportorganisationen wird trainiert und gesucht, damit die „Chre“ der Nation bei der Olympiade keinen Schaden erleidet. Besonders werden Trainingskurse für die einzelnen Sportarten abgehalten, die tauglichen werden dann gefördert und wie Kampfer geübt. Nach einer Mittelung des Reichssportführers erhalten die Olympiadekandidaten Olympia-Paten, die dafür zu sorgen haben, daß die Ernährung für den Wettkämpfer ausreicht. Die Patenschaft wird damit begründet, daß ein in ungenügenden Verhältnissen lebendes Talent nicht zur vollen Leistungsfähigkeit kommen kann. Wäre es da nicht besser, hat den Arbeitern weniger Lohn und den Erwerbslosen weniger Brot zu geben, hier helfend einzugreifen. Das Schicksal der deutschen Arbeiter ist diesen Herrschaften gleichgültig, für sie gibt es nur schöne Reden. Von Asten und Olympia-Paten wird die deutl. Arbeiterschaft nicht satt.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

bis einschließlich Donnerstag, den 22. März.
Adria: „König der Paläste“. — Alfa: „Cajanova“. — Avion: „Tarhan, der Beherrscher des Weltwades“. — Bcranet: „Die sechs Frauen Heinrichs VIII.“. — Feuz: „Dieser alte Schussl“. — Gammont: „Die goldene Katharina“. — Gollwood: „Die goldene Katharina“. — Jullis: „Die Schladl“. — Kinema: „Journale, Groteske, Reportage (1/2-1/8)“. — Kotva: „Die Schreckenerin“. — Lucerna: „Die Schladl“. — Metro: „Die goldene Katharina“. — Olympic: „Der Florentiner Hut“. — Praha: „Der geheimnisvolle Räger“. — Radio: „Die sechs Frauen Heinrichs VIII.“. — Slavt: „Das letzte Paradies“. — Alma: „Die sechs Frauen Heinrichs VIII.“. — Refeda: „Das Haus in der Vorstadt“. — Alfusion: „Liebelel“. — Vbo: „Ihr Wert“. — Macesta: „Liebelel“. — Nozn: „Liebelel“. — Avion und Metro: Samstag 1/2 Uhr: Reminiscenzen.

Literatur

Die Frühjahrsnummer des Simplicius erscheint heute mit Sonderbeilage „Wenn Kaiser Otto in Wien einzieht“. Ferner Beiträge von Wido, Godal, Arnold Gabn, Hoffmeister, Kell, Erich Weinert.

Sti-Urlaub in den slowakischen Bergen

Kein Schnellzugstunden brachten uns in die Slowakei und gerade bei Morgenrauen fliegen wir in Aralová Lehota aus dem Auge. Nach eine Stunde fährt mit dem Autobus und wir waren am Ziele, in Bylna Poca, einem armen, kleinen Dörfchen. Besonders fiel mir die einfache und hübsche Tracht der Bauern auf: enganliegende Weißböhnen, hohe Schuhschneifel und mächtige schwarze Pelzmützen. Wir wurden nun von zwei handfesten Wutschen in Empfang genommen, die uns der Wirt entgegengegrüßt hatte, um uns die Kackade abzunehmen und den Weg zu zeigen. — Schnell noch einen heißen Tee getrunken, die Sturmzügen aufseht, die Seehunde an die Tier gefesselt (damit man beim Aufstieg nicht so stark rutscht und folglich auch nicht so schnell ermüdet) und los ging es! Wir hatten einen dreieinhalbstündigen Aufstieg vor uns, um auf die Stefanhütte auf dem Dumbier, 1780 Meter hoch, zu gelangen. Wie wurde mir froh zu Mute, als ich den reinen herrlichen Pulverschnee sah! Der Weg führte uns, sanft, aber beharrlich ansteigend, immer höher. Wir mußten über einen vereisten Steilhang und da hieß es die Bahne zusammenbeihen und sich Schritt für Schritt mühsam in die Höhe arbeiten; dafür gab nachher zur Belohnung ein Stück Abfahrt, dann Neiteren wir noch über einen Sattel und schon grüßte von weitem die langerschme Hütte mit dem davor gebauten charakteristischen Glockenturm. Ritzerschneide hatte sich ein böser Sturm erhoben und reichlich müde und abgekondeten kamen wir gegen Mittag in unser Urlaubshaus. Dort wurden wir vom Wirt, Herrn Peterka, sehr herzlich empfangen. Schon stand die dampfende Suppe auf dem Tisch.

Wir liehen sie uns herrlich schmecken. — Mittlerweile war der Nebel drauhen so dick geworden, daß man sich nicht mehr hinauswagen konnte; unfreiwillig hatten wir nun sehr viel Zeit zum Ausruhen. Ich fühlte mich bald in der Hütte recht heimisch und froh auch Freundschaft mit den Wirtsleuten, die brave, freundliche und herzliche Menschen sind. Das war eine Hütte nach meinem Geschmack, weit weg von dem Trubel der mondänen Winterportplätze in der hohen Tatra, nicht ganz leicht erreichbar, jedenfalls für beamtete und verwöhnte Menschen nicht, und wirklich von einem wundervollen Skiterrain umgeben, breiten langgestreckten Berggipfeln, die völlig harmlos sind — was ja jeder Skifahrer erkennt und begrüßt, denn nur in waldlosen Gebieten kann man schöne Touren machen und geeignete Abhangswiesen finden. — Die Hütte ist nicht gerade komfortabel, was man in dieser Höhe und Abgeschiedenheit auch nicht gut verlangen kann. Immerhin ist anständig vorgesorgt, man kann sich sehr gut ein paar Tage mit Petroleumlicht begnügen, gegen Abend werden die Zimmer ordentlich geheizt und man bekommt sogar heißes Wasser zum Waschen, was auf diesen Höhen sonst ein großer Luxus ist. Für den Wagen wird fast zu viel des Guten getan, man mußte sich nach jeder Mahlzeit erst wieder erholen, so viel gut zubereitete Dinge gab es zu essen. Die Zimmer, meist nur vier Betten, und ein größerer Schloßsaal sind sauber gehalten und wenn man Glück hat, hiebeiht man aus unbesetzten Betten noch ein paar Decken — ich halte aus besonderer Protektion ein Leintuch, auf das ich sehr stolz war — und hatte es so in der Nacht schön warm.

Am nächsten Tage lachte endlich die Sonne und ganz wild nach Lust und Bewegung stürzte sich alles gegen 8 Uhr früh in den frisch gefallenen Pulverschnee hinaus. Ich ließ mich vom Instruktor, einem jun-

gen, slowakischen Bauernburschen, der dort den Skilehrer macht, in die Arbeit nehmen. Mit Todesangst wählte ich mich im Schnee den gemäßigten Gang in den Kessel hinunter, wo wir über sollten, da es dort windstillschüt war. — Nun mußte ich mich tüchtig ins Berg legen und „Kristiana“ üben, da ich ja schon über die Anfangsgründe hinaus war und schon allmählich in die „höhere Kunst“ eingeweicht werden sollte. Wenn glücklich einmal die Tier die vorgeschriebene Stellung einnahm, verlegte ich sichtlich das Gleichgewicht des Körpers in die falsche Richtung und wenn Schultern und Hüften sich richtig gedreht hatten, war bestimmt das Knie, das ausgestreckt sein sollte, eingeknickt. Aber das sind einmal die Freuden und Leiden eines Skifahrers und ich betruberte nur die Geduld und Ausdauer meines Skilehrers, der mit unangenehmer Jähigkeit und Geduld an meinen Körperverrenkungen herumfickte. — Nach dem Mittagbrot legten sich die meisten für ein Stündchen hin, um dann mit frischen Kräften an die Arbeit zu gehen. — Gegen sechs Uhr abends waren dann wieder alle in der Hütte versammelt und nun gab es ein eifriges Erzählen und Nachsingen, wie man bei dem heutigen Schnee hätte richtig wachseln sollen, über die Technik der verschiedenen Sprünge usw. Man hatte wirklich den Eindruck, daß all der Jammer und das Elend der Gegenwart verfunken sei und es nichts anderes mehr gäbe auf der Welt als Schnee, Skier, Wachs.

Am dritten Tage war die Witterung so günstig, daß wir den Aufstieg auf die Dumbier Spitze wagten und von der Hütte in bequemen Serpentin in einer Stunde bis auf den Gipfel stiegen. Je höher man kam, um so grandioser wurde das Panorama. Von allen Seiten stiegen zerflüßte mächtige Bergmassive auf, die geteilt waren durch tief eingeschnittene Täler und steil abfallende Schluchten — und

all das war in eine tiefe, reinweiße Schneedecke gehüllt, die im Sonnenlicht so intensiv leuchtete, daß man gebendend war. Leider war die hohe Tatra von Nebeln verhüllt, die nur sekundeweise aufzissen, so daß man die Schönheit dieser gigantischen Bergwelt nur ahnen konnte. Der Dumbier, auf dem wie uns befanden, gehört nämlich zur Kleinen Tatra, einem Gebirgszuge, der sich südlich der Hauptstrecke mit den wichtigsten Orten Ružomberok, Strba, Poprad, Kôšice hinzieht, während die bekanntere hohe Tatra sich nördlich dieser Ebene aufrecht. — Da es dort oben bei der Gipfelpyramide, also 2100 Meter hoch, fast immer eisigen Sturm gibt, konnten wir uns nicht lange aufhalten und machten uns an die Abfahrt. Das ist wohl der größte Genuß, den man sich denken kann, so in langgestreckten Wendungen und Serpentin über den firsbedeckten Rücken des Bernes hinunterzufahren. Allerdings jauchte ich dabei auch ein paar mal, weil ich nicht mehr bremsen konnte, mit verblüffender Geschwindigkeit mit dem Kopf in den Schnee und es dauerte dann immer ein Weilschen, bevor man sich mit seinen Gliedmaßen und Eiern wieder aufricht! Das letzte Stückchen durfte man sich dann den Luxus einer Schuhsfahrt erlauben und da ist es unglücklich, wie viel man durch Autosungestion erreichen kann. Meine Brettern rutschen wie toll geworden, ich sah und hörte nichts mehr um mich, bis die Bahne zusammen und da war nur Krampfhaft: Du darfst nicht hüngen und du wirst nicht hüngen. Die Anie scheppten nur so — es ritz mich von einer Seite auf die andere. — „Du darfst um keinen Preis fallen“ — und da war schon der Auslauf auf der freien Abhangswiese vor der Hütte, noch ein letztes heftiges Schwanken und ich siehe, o Wunder, heil auf meinen Beinen!

(Schluß folgt.)